



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesrat



2018/2019

TÄTIGKEITSBERICHT

BUNDES RAT







INHALT

EDITORIAL	
Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska	6
Bundesratspräsident Ingo Appé	7
STATEMENTS DER FRAKTIONSVORSITZENDEN	8
<hr/>	
SCHWERPUNKT: KINDER- UND JUGENDRECHTE	
Mitbestimmung in Österreich – das kann doch jedes Kind	12
INTEGRATION	
Projekt "Integration ab Tag 1"	18
FRAUENRECHTE	
Sexismus im Netz: 16 Tage gegen Gewalt an Frauen	20
BURGENLAND	
Burgenlandabend im Parlament	23
Bundesratspräsidentin zu Gast im Burgenland	24
EU-RATSVORSITZ	
Bundesrat als Schnittstelle zwischen Regionen und Europa	28
GEDENKEN	
Gedenkjahr 2018: Erinnern für die Zukunft	32
Rede in Erinnerung an die Novemberpogrome 1938	36
WORTE ZUM ABSCHIED	
Fokus auf die Rechte von Kindern und Jugendlichen	40
<hr/>	
ANTRITTSREDE	
Zukunftskammer Bundesrat	46
TRINKWASSER SCHÜTZEN UND SICHERN	
Wasser ist für alle da, Trinkwasserschutz hat Vorrang	48
Bundesratsenquete zum Thema Trinkwasserschutz	51
EUROPAKONFERENZ	
Effiziente und aktive Subsidiarität	54
SLOWENIENBESUCH	
Bundesratspräsident zu Gast in Slowenien	56
KÄRNTEN	
Kärntenabend im Parlament	58
Für Österreich, für Europa: Peter Kaiser im Bundesrat	60
Bundesratspräsident Ingo Appé zu Gast in Kärnten	62
ARENA ANALYSE 2019	
Die Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen	66
TIROLBESUCH	
Der Bundesrat als Brücke für Zusammenarbeit der Länder	68
EHRUNG	
Begrüßung und Abschied, Empfang im Palais Epstein	70
GEDENKTAG	
Starkes Zeichen gegen das Vergessen	72
INTERNATIONAL	
Internationale Gäste bei Bundesratspräsident Ingo Appé	74
PARISER KONFERENZ	
Trumpfkarte Zweikammersystem	76
ALPE-ADRIA-PANNONIA	
Nachdenken über Europa für starke Regionen	78
STATISTIK	82

IMPRESSUM:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion | Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien | Redaktion/Bildredaktion: CR Andreas Pittler, Susanne Roth | Text S.40-43: Inge Posch-Gruska | Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Lukas Hollerer, Dieter Weisser | Korrektur: Bettina Brixia, Aida Besirevic | Nachweis Titelbild: © Parlamentsdirektion/fritzpress | Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Juli 2019

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

2. HALBJAHR 2018

BUNDESRATSPRÄSIDENTIN

INGE POSCH-GRUSKA

Mein Herz schlägt für den Bundesrat. Es ehrt mich daher umso mehr, dass ich den Vorsitz des österreichischen Bundesrates im zweiten Halbjahr 2018 führen durfte. Dieser Vorsitz wird halbjährlich von Bundesland zu Bundesland gereicht, an sich eine recht kurze Zeit, um ein solch bedeutsames Amt unserer demokratischen Republik Österreich zu bekleiden. Aus diesem Grund wählte ich die Schwerpunkte und Zielsetzungen für das Halbjahr meiner Amtszeit besonders sorgfältig aus.

Im Bundesrat werden tagesaktuelle Gesetze und Themen diskutiert – die eigentliche Stärke unserer Länderkammer liegt allerdings darin, dass wir nachhaltig und fraktionsübergreifend an wichtigen Zielen unseres Landes arbeiten. Der Bundesrat gilt deshalb als Zukunftskammer Österreichs.

Nichts war für mich also naheliegender, als die Rechte von Kindern und Jugendlichen zum Herzstück meiner Präsidenschaft im Bundesrat zu machen. Mit den politischen Diskussionen um die Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der 15a-Verbindungen nahm das Thema umso mehr Fahrt auf. Ich bin stolz darauf, dass in diesem Halbjahr in Zusammenarbeit mit vielen MitstreiterInnen aus der Zivilgesellschaft und aus der Politik so viel gelungen ist: Wir haben einen Beitrag für eine bessere und gerechtere Situation für die Kinder und Jugendlichen in Österreich geleistet.

Während der gesamten Präsidenschaft des Burgenlandes haben wir immer wieder Veranstaltungen zum Thema Kinderrechte durchgeführt, es gab ein Fest der Kinderrechte, ein Jugendparlament und eine eigene Enquete des Bundesrates, die sich mit dieser so wichtigen Thematik umfassend auseinandersetzte. Und ganz in diesem Sinn ist es mir Freude und Genugtuung, dass der Bundesrat als einzige Kammer in der gesamten Europäischen Union einen Ausschuss für Kinder- und Jugendrechte hat, dessen Ziel es auch ist, die Situation von Kindern und Jugendlichen zu begutachten und wo immer möglich zu verbessern.

Da der Bundesrat ja als Schnittstelle zwischen dem Bund und den Ländern fungieren sollte, war es

mir während meiner Präsidenschaft zudem ein Anliegen, möglichst intensiven Kontakt zu den Ländern – und auch zu den Gemeinden – zu halten. Zahlreiche Besuche boten die Gelegenheit zu intensivem Gedankenaustausch und lieferten wertvolle Anregungen für die weitere Arbeit in der Länderkammer.

Schließlich war das Jahr 2018 auch ein Jahr des Gedenkens. So fiel in meine Amtszeit als Präsidentin des Bundesrates die hundertste Wiederkehr des Tages der Ausrufung der Republik Österreich, aber auch der 80. Jahrestag der sogenannten Novemberpogrome. Beide Ereignisse boten Anlass zu einer kritischen Rückschau, an der sich auch der Bundesrat aktiv beteiligte. In diesem Zusammenhang konnten wir auch ein Buch über die Geschichte der Familie Felix vorstellen, deren Wirken heute eine beeindruckende Erfolgsstory darstellt, die aber von den Nazis brutal verfolgt worden war. Bekanntestes Mitglied der Familie dürfte wohl der langjährige Bundeskanzler Bruno Kreisky sein, dessen Mutter eine Felix war.

Zeitgleich mit der burgenländischen Präsidenschaft im Bundesrat lag die EU-Ratspräsidentschaft bei Österreich, was sehr gut passte, denn das Burgenland hat gerade durch seine kulturhistorische Position als vermittelnde Kraft im Europa der Regionen eine bedeutende Funktion in der EU-Kohäsionspolitik, der grenzüberschreitenden Verkehrspolitik, in Bildungs- und Forschungsprojekten, in Kultur und Tourismus und nicht zuletzt in der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping.

Europa ist eine Wertegemeinschaft und ein Friedensprojekt. Europa bedeutet ein Bekenntnis zu Demokratie, ein Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, ein Bekenntnis zu Gleichberechtigung und ein Bekenntnis zu Frieden. Rückblickend auf das letzte Halbjahr und die letzten Jahre der Europäischen Union muss aber festgestellt werden, dass es auch innerhalb der Union Reformbedarf gibt, denn mehr denn je braucht es ein geeintes Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Ihre Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

1. HALBJAHR 2019

BUNDESRATSPRÄSIDENT

INGO APPÉ

Das erste Halbjahr 2019 durfte ich das Amt des Bundesratspräsidenten ausüben. Es war für mich eine besondere Ehre, aber auch Herausforderung; Herausforderung deshalb, da meine Anlernphase im Bundesrat doch sehr kurz war, wurde ich doch erst im Mai 2018 von Kärnten in den Bundesrat gewählt.

Der Bundesrat führt oft ein Schattendasein hinter dem Nationalrat, deshalb wird er auch immer wieder von Kritikern infrage gestellt. Für mich ist der Bundesrat ein wichtiges Instrument, denn Demokratie benötigt ein Zweikammersystem. Die doppelte Beratung in beiden Kammern durch verschiedene Personen trägt zudem zu nicht übereilten, wohlüberlegten und damit zu konsensfähigeren Beschlüssen bei. Als Länderkammer schlägt der Bundesrat eine Brücke zwischen dem Bund und den Ländern. Der Bundesrat ist aber noch viel mehr. Mit dem Ausschuss in EU-Angelegenheiten ist der Bundesrat als Europakammer eine der engagiertesten und aktivsten Kammern. Subsidiarität und die damit verbundene Mitbestimmung bei europäischen Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozessen stellt für lokale und regionale Gebietskörperschaften ein elementares Prinzip für ein zukunftsfähiges Europa dar. Die Regionalparlamente müssen deshalb noch stärker in die europäische Gesetzgebung eingebunden werden.

Neben einer wesentlichen Rolle in der österreichischen und europäischen Gesetzgebung nimmt der Bundesrat auch eine wichtige Position in der Gestaltung von nachhaltigen politischen Strategien für Österreich ein. Der Bundesrat als Länderkammer und hier vor allem als Zukunftskammer des Österreichischen Parlaments schafft es, nachhaltig Themen zu setzen – und zwar über den Tellerrand der hektischen Tagespolitik und über Fraktionsgrenzen hinweg. So setzen Präsidentinnen und Präsidenten der zweiten Kammer Schwerpunktthemen, bevor diese überhaupt in der Regierung oder auf EU-Ebene behandelt werden.

Wasser wird zukünftig die wertvollste Ressource auf der Erde sein. Österreich ist noch in der glücklichen Lage, über genügend Wasserreserven zu verfügen. Jedoch wie lange wird Österreich noch zu den Inseln der Seligen zählen? Der Klimawandel macht

auch vor Österreich nicht Halt und wird uns vor neue Herausforderungen stellen. Wasser ist keine Ressource, die unendlich ist. Trinkwasser hat für mich oberste Priorität und aus diesem Grund habe ich mir den Schutz und die Sicherung des Trinkwassers zum Thema meiner Bundesratspräsidentschaft gemacht. Bereits 2010 beschlossen die Vereinten Nationen, dass das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Menschenrecht sei, und trotzdem haben laut Unicef-Angaben 783 Millionen Menschen gar keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Wasser ist als Grundrecht nicht einklagbar. Unter dem Titel Schutz und die Sicherung des Trinkwassers ging es mir primär darum Wasser vor jeglicher Privatisierungstendenz zu schützen.

Im Laufe meiner Präsidentschaft konnte ich zahlreiche Gespräche mit nationalen und internationalen Expertinnen und Experten führen, dabei ergaben sich weitere Handlungsfelder der Trinkwasser betreffend. Auch bei zahlreichen Auslandsbesuchen wie zum Beispiel in Slowenien, Brüssel, Würzburg, Paris, China, Kasachstan und auch Kirgisistan sprach ich vorrangig mit politischen Akteuren über den Schutz des Trinkwassers. Wasserversorgung, Wasserentsorgung und Wasseraufbereitung sind aktuelle Themen, die jedes Land betreffen. Slowenien hat die Trinkwasser Versorgung bereits in den Verfassungsrang erhoben. Die Versorgung mit Wasser muss demnach vom Staat gewährleistet werden, der dies über die Gemeinden tut – und zwar „direkt“ und „nicht kommerziell“. Mit dieser Initiative hat Slowenien alle Privatisierungsbestrebungen verhindert.

Im Rahmen einer parlamentarischen Enquete wurde die Trinkwasserversorgung im Zusammenhang mit dem Klimawandel betrachtet, es wurde das Förderwesen der Siedlungswasserwirtschaft und die europäische Wasserpolitik beleuchtet. Aus dieser Enquete entstand ein Maßnahmenkatalog zum Schutz unseres Trinkwassers. Einmal mehr hat hier der Bundesrat ein Thema aufgegriffen, das zum Wohlergehen unserer nächsten Generation und zum Wohle Österreichs beiträgt.

Ihr Bundesratspräsident Ingo Appé

EIN ERFOLGREICHES JAHR, DIE FRAKTIONEN ZIEHEN BILANZ



KARL BADER (ÖVP)
BUNDESRAT IST SPRACHROHR DER LÄNDER UND REGIONEN

Der österreichische Bundesrat hat sich in den letzten Jahren durch zielstrebige und konstruktive Arbeit in eine sehr positive Richtung entwickelt. Die Länderkammer hat sich umfassende Expertise und Kompetenzen in den Themenfeldern Europa und Digitalisierung erarbeitet und ist mittlerweile auch in diesen Bereichen Drehscheibe zwischen Regionen und Bund. Angesichts dieses breiten Kompetenz- und Aufgabenspektrums kann auch das vergangene Parlamentsjahr als sehr arbeitsintensiv und erfolgreich bezeichnet werden.

Unter den Präsidentschaften von Inge Posch-Gruska und Ingo Appé wurden die Themen Kinder- und Jugendhilfe und Trinkwasser schützen und sichern vom österreichischen Bundesrat aufgegriffen und im



KORINNA SCHUMANN (SPÖ)
NEUE VERANTWORTUNG FÜR UNSER LAND

In der Vergangenheit hatte der Bundesrat als Länderkammer des Hohen Hauses schon verschiedenste Rollen inne – seine Verantwortung für das Land hat er dabei immer wahrgenommen, seine Bedeutung wurde manchmal unterschätzt. Häufig wurde ihm eine stabilisierende Rolle im politischen Geschehen zugeschrieben – eine Konnotation, die sich in den beiden abgelaufenen Halbjahren nur mehr bedingt konstatieren lässt.

An der Fraktionsspitze kam es zu einigen Veränderungen: auf Reinhard Todt folgte Inge Posch-Gruska. Durch ihre Rückkehr in den Burgenländischen Landtag kam es zu einem weiteren Wechsel – mit April 2019 übernahm ich die Führung der sozialdemokratischen



MONIKA MÜHLWERTH (FPÖ)
DAS GEMEINSAME ÜBER DAS TRENNENDE STELLEN

Bevor ich mein Vorwort schreiben konnte, wurde ich von den Ereignissen völlig überrollt. Hatten wir bisher in der erfolgreichen Koalition das Regierungsprogramm abgearbeitet und damit wichtige Beschlüsse auf den Weg gebracht, gab es die Regierung plötzlich nicht mehr.

Ohne die Auslöser schönreden zu wollen, ist die Aufkündigung der Koalition dennoch bedauerlich, da in der Bevölkerung unsere Arbeit mehrheitlich positiv aufgenommen worden war und wird.

Dank unserer Verfassung ist keine Staatskrise eingetreten. Vom Bundespräsidenten ist in Abstimmung mit allen Parteien eine sogenannte Expertenregierung eingesetzt und mit den Regierungsgeschäften



Rahmen von parlamentarischen Enqueten behandelt. Unter Miteinbeziehung von namhaften Expertinnen und Experten wurden Lösungsstrategien diskutiert und diesen wichtigen Themen eine Plattform geboten. Der Bundesrat rückte aber vor allem auch aufgrund eines Gesetzesbeschlusses des Nationalrates in den Fokus. Die Opposition blockierte die vom Nationalrat vorgelegte Ökostromnovelle trotz einer gemeinsamen Stellungnahme der Länder und dem drohenden Aus für zahlreiche Biomasseanlagen. Wenn die Länderkammer von ihrem Zustimmungs- oder Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates Gebrauch macht, muss dieser Schritt immer mit Rücksichtnahme auf die Interessen der Länder passieren.

Der Bundesrat erfüllt eine wichtige Rolle im politischen System des Landes, stellt er doch einen zentralen Grundpfeiler in einem föderalen politischen System dar. Der Bundesrat darf nicht als Bühne für parteipolitische Zwecke und populistische Auftritte missbraucht werden. Ansonsten läuft die Länderkammer Gefahr, die positiven Entwicklungen der letzten Jahre über Bord zu werfen. Nur durch konstruktive Zusammenarbeit ist es möglich, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und die positive Entwicklung der Länderkammer voranzutreiben.

Bundesratsfraktion. Und auch im Team gab es einige Neuzugänge. Im Oktober 2018 wurde Dominik Reisinger für Oberösterreich im Bundesrat angelobt, 2019 folgten schließlich die Oberösterreicherin Bettina Lancaster, Rudolf Kaske für Wien und Günter Kovacs für das Burgenland. Seit Jänner 2019 hat Ingo Appé aus Kärnten das Amt des Präsidenten der Länderkammer inne. Seine Präsidentschaft steht unter dem wichtigen Motto „Trinkwasser schützen und sichern“.

Thematisch wurde die Arbeit der SPÖ-Bundesratsfraktion durch die Oppositionsrolle geprägt. Der Fraktion, die mit 21 Mitgliedern die Möglichkeit hat, Verfassungsklagen einzubringen oder Gesetze strenger zu kontrollieren bzw. in einzelnen Fällen auch abzulehnen, kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Es wurde eine Verfassungsklage gegen den Bundestrojaner und gegen das Sozialversicherungsreformgesetz eingebracht. Die Ablehnung des Biomassegesetzes war ein notwendiger und in der bisherigen Geschichte des Bundesrates einzigartiger Schritt. Schon in der Vergangenheit war der Bundesrat als Kontrollgremium besonders relevant – dies wird die SPÖ-Bundesratsfraktion auch in Zukunft stark in den Fokus ihrer Arbeit stellen – im Interesse der Bundesländer, der Republik, vor allem aber all ihrer Bürgerinnen und Bürger.

betrachtet worden. Ich bin überzeugt, dass diese ihr Amt bis zur Bildung einer neuen Regierung nach den Wahlen verantwortungsvoll ausüben wird. Doch jede Medaille hat zwei Seiten: Die eine Seite ist, dass viele Vorhaben der Regierung nicht mehr umgesetzt werden konnten. Die andere Seite ist – und das ist spannend, dass nun das Parlament viel mehr Initiativen setzt, als dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Auch dass zu den einzelnen Vorhaben Mehrheiten gesucht werden müssen, schadet der Demokratie keinesfalls.

Wir erleben eine Welt des Umbruchs überall in Europa und nicht nur dort. Die alte politische Einteilung von Links/Rechts ist dabei längst überholt. Die junge Generation hat längst erkannt, dass die Herausforderungen von morgen schon heute angegangen werden müssen. Unsere Aufgabe ist es, die Jugend darauf entsprechend vorzubereiten. Digitale Welt, ein unsteter Arbeitsmarkt, Klimawandel sind dabei nur einige Schlagwörter. Um diese Herausforderungen meistern zu können, sollten wir alle mehr das Gemeinsame über das Trennende stellen. Auch der Bundesrat ist aufgefordert, wieder zu dem konsensualen Verhalten zurückzukehren, das ihn bisher ausgezeichnet hat. Dass es verschiedene Ansätze gibt, ist in einer Demokratie das Salz in der Suppe. Wir dürfen nur eines dabei nicht vergessen: Wir sind dem Wohle der Menschen in diesem Land verpflichtet!

REPUBLIK ÖS

www.parlament

Inge Posch-Gruska

Präsidentin des Bundesrates

1. Juli 2018 – 31. Dezember 2018



ÖSTERREICH

Parla

.gv

REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

REPUBLIK ÖSTERREICH

ÖSTERREICH

MITBESTIMMUNG IN ÖSTERREICH – DAS KANN DOCH JEDES KIND

So lautete das Motto der burgenländischen Bundesratspräsidentin, mit dem sie darauf hinweisen wollte, dass Instrumentarien zur Kindermitbestimmung ein wichtiges Element in der Bildung des Demokratieverständnisses darstellen. Um Demokratie zu lernen müssen Kinder mitbestimmen können. Weitere Informationen unter: www.kinderundjugendrechte.at

Expertinnen und Experten diskutierten auf Einladung von Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska zum Thema „Kinder- und Jugendhilfe quo vadis? Rechte. Chancen. Perspektiven.“ bei einer Enquete am 7. November 2018 im Parlament.

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen





Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska hat als Schwerpunkt ihres halbjährigen Vorsitzes in der Länderkammer das Thema Kinderrechte gewählt. Besonderes Augenmerk widmete sie der Kinder- und Jugendwohlfahrt. Mit einem „World Café“ wurde dazu am 13. Juli im Parlament ein breiter Diskussionsprozess gestartet. Im Rahmen des "World Café" in der Hofburg befassten sich fünf Arbeitsgruppen mit den Themen Familie, Schule und Ausbildung sowie Digitalisierung und Partizipation. Das Impulsreferat dazu hielt Thomas Buchner, der bei SOS Kinderdorf für den Fachbereich Pädagogik zuständig ist. Er skizzierte aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Digitalisierung, Familien und Lebensformen sowie Ausbildung und Beruf.

Kinder- und Jugendhilfe von der Bundesministerin für Frauen, Familie und Jugend, Juliane Bogner-Strauß, der niederösterreichischen Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig und der Zweiten Wiener Landtagspräsidentin Veronika Matiassek umrissen. Nach Impulsreferaten von ExpertInnen standen drei Panels zu Spezialthemen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf dem Programm. Das Schlussreferat hielt Helmut Sax vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte. Als Einstimmung in die ganztägige Veranstaltung las die bekannte Kinder- und Jugendbuchautorin Renate Welsh kurze Texte aus ihren Werken vor.

TAG DER KINDERRECHTE

Anlässlich des Tages der Kinderrechte hatte die Präsidentin des Bundesrats Inge Posch-Gruska am 20. November gemeinsam mit den Kinderfreunden zum „Fest für Kinderrechte“ geladen. Mittels Stationenspiel konnten sich die Kindergruppen über ihre Möglichkeiten informieren. Spielerisch wurde ihnen das Recht auf Bildung, auf die eigenen Sprache, auf Information und auf Unterstützung nahe gebracht. „Es gibt noch viel mehr Rechte für Kinder, doch das würde heute den Rahmen sprengen“, so Posch-Gruska. „Herzstück meiner Präsidentschaft sind für mich die Kinderrechte, insbesondere um die Mitbestimmung von Kindern in unserem Land voranzubringen. Das ist ganz wesentlich um die Demokratie in unserem Land weiterzuentwickeln: Denn damit Kinder Demokratie lernen, müssen sie mitbestimmen können.“

„Herzstück meiner Präsidentschaft sind für mich die Kinderrechte, insbesondere um die Mitbestimmung von Kindern in unserem Land voranzubringen.“

Inge Posch-Gruska

POETRY JAM „KINDER HABEN RECHTE“

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska und die Bundesjugendvertretung (BJV) luden am 29. November zum Poetry-Jam „Kinder haben Rechte“

PARLAMENTARISCHE ENQUETE

Zu einer Parlamentarischen Enquete mit dem Titel „Kinder- und Jugendhilfe quo vadis? Rechte.Chancen. Perspektiven“ lud der Bundesrat am 7. November in den Großen Redoutensaal in der Hofburg ein. „Ein Kind könne nicht beeinflussen, ob es in Armut lebt, von Gewalt betroffen ist oder einen breiten Zugang zu Bildung erhält“, betonte die Präsidentin der Länderkammer Inge Posch-Gruska in ihrem Eingangsstatement.

Dafür brauche es bundesweit einheitliche Qualitätskriterien und Mindeststandards in der Kinder- und Jugendhilfe, die für Rechtssicherheit und Gerechtigkeit sorgen. Gemeinsam mit ExpertInnen wolle sie daher im Rahmen ihrer Präsidentschaft konkrete Lösungen erarbeiten; die Enquete sei ein weiterer wichtiger Baustein auf diesem Weg.

Im ersten Teil der Enquete wurden zunächst die politischen Strategien zur



in den „Dschungel Wien“ (Theaterhaus für junges Publikum) ein.

„Als junge Menschen habt ihr oft nicht die Möglichkeit zu bestimmen, ob ein Jugendzentrum ums Eck errichtet wird oder in welche Schule ihr gehen müsst. In unserer Bundesverfassung ist zum Beispiel festgeschrieben, dass ihr das Recht auf Berücksichtigung eurer Meinung habt. Das gilt insbesondere für Angelegenheiten, die euch betreffen. Entscheidungen dürfen nicht über euren Kopf hinweg getroffen werden. Genau darum geht es in einer Demokratie.“, so die Bundesratspräsidentin. Und weiter: „Das Parlament soll wissen, was ihr wollt. Österreich muss durch eure Ideen, Wünsche und Bedürfnisse mitgestaltet werden. Bei der heutigen Veranstaltung habt ihr die Möglichkeit zu sagen, was gesagt werden muss. Ihr habt eine Stimme – nutzt sie, und fordert eure Rechte ein!“

„Als Bundesjugendvertretung setzen wir uns besonders stark für die Rechte und Anliegen von Kindern und Jugendlichen ein. Besonders in Österreich gibt es starken Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Kinderrechte. Umso wichtiger ist es für uns, jungen Menschen selbst eine Bühne zu geben. Junge Menschen können für sich selbst sprechen und müssen gehört werden!“, betonte die BJV-Vorsitzende Caroline Pavitsits.

„Das Parlament soll wissen, was ihr wollt. Österreich muss durch eure Ideen, Wünsche und Bedürfnisse gestaltet werden. Bei der heutigen Veranstaltung habt ihr die Möglichkeit zu sagen, was gesagt werden muss. Ihr habt eine Stimme – nutzt sie, und fordert eure Rechte ein!“

Inge Posch-Gruska

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska und die TeilnehmerInnen am Poetry Jam "Your Rights. Your Stage."
© Parlamentsdirektion/Raimund Appel





Gruppenfoto mit TeilnehmerInnen des Jugendparlaments und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska sowie Bundesrat Ingo Appé.
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

JUGENDPARLAMENT ZUM THEMA POLITISCHE BILDUNG

Am 30. November fand zum mittlerweile 20. Mal das Jugendparlament für Schülerinnen und Schüler der 9. Schulstufe im österreichischen Parlament statt. Aufgeteilt in vier verschiedene Klubs erarbeiteten die SchülerInnen wie richtige Abgeordnete ihre eigene Position zum Verhandlungsthema Politische Bildung. 92 Schülerinnen und Schüler aus dem Burgenland und aus Kärnten nahmen teil. Am Vortrag wurden die jugendlichen Abgeordneten von Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, die aus dem Burgenland kommt, und dem Kärntner Ingo Appé, Bundesratspräsident ab 1. Jänner 2019, willkommen geheißen. Beide appellierten an die Jugendlichen, sich am demokratischen Prozess aktiv zu beteiligen. Das Jugendparlament biete die Möglichkeit zu erfahren, dass Gesetzgebung und die Findung von Kompromissen viel Arbeit bedeuten und auch der Respekt vor anderen Meinungen wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie sind. Wichtig sei Sachlichkeit und der wertschätzende Umgang miteinander, sagte Posch-Gruska.

KINDERRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte richtete die Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska gemeinsam mit der Volkshilfe einmal mehr ihren Fokus auf Kinderrechte: Kinderarmut ist in Österreich auch noch im Jahr 2018 ein großes Thema. Muss das sein? Wieviel würde es den österreichischen Staat kosten, die Kinderarmut im Land zu bekämpfen? Wo muss angesetzt werden?

Diesen und ähnlichen Fragen ging die Veranstaltung „70 Jahre Menschenrechte“ am 10. Dezember nach. Für Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska ist klar, dass dringend Handlungsbedarf besteht: „Zum 70-jährigen Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stellen wir als Parlament die Rechte von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Denn Kinderrechte sind Menschenrechte. Trotzdem passiert es viel zu selten, dass wir uns mit den Anliegen und den Bedürfnissen der Kinder in unserem Land befassen und noch seltener passiert es, dass Kinder in unserem Land die Möglichkeit haben, selbst zu bestimmen. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir im Bundesrat einen aktiven Kinderrechteausschuss haben, in dem wir fraktionsübergreifend dafür kämpfen, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Österreich gestärkt werden.“

„Kinderrechte sind Menschenrechte. Trotzdem passiert es viel zu selten, dass wir uns mit den Anliegen und den Bedürfnissen der Kinder in unserem Land befassen.“

Inge Posch-Gruska



**Bundesratspräsidentin Posch-Gruska besucht
die Volkshochschule Brigittenau**

© Parlamentsdirektion/Arman Rastegar



PROJEKT INTEGRATION AB TAG 1

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska besuchte mit Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß das Projekt „Start Wien Flüchtlinge – Integration ab Tag 1“ in der Volkshochschule Brigittenau. Das Projekt schafft durch ein Kursangebot in Verbindung mit Kinderbetreuung einen besonders inklusiven und unterstützenden Rahmen für Frauen, Männer und Kinder, die in Wien angekommen sind.

Mit ihrem Besuch wollte die Präsidentin des Bundesrates darauf aufmerksam machen, dass Projekte wie „Integration ab Tag 1“ wichtig für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind und in ganz Österreich ausgebaut werden sollten.

„Es ist essentiell für eine gute Integrationsarbeit, dass Frauen mit Migrationshintergrund die Sprache lernen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Auch für die Bildung und Erziehung der Kinder ist es wichtig, dass die Mütter Deutsch sprechen“, betonte die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend Juliane Bogner-Strauß.

KINDERBETREUUNG ENTSCHEIDEND FÜR DIE INTEGRATION VON FRAUEN

Die Wiener Volkshochschulen betrachten diese Art der Kinderbetreuung als einen entscheidenden Faktor für Integration und Inklusion in die Gesellschaft. „Die Kinderbetreuung wirkt höchst integrativ. Der Bedarf steigt – wir halten einen Ausbau an den Wiener Volkshochschulen für notwendig“, sagte VHS-Geschäftsführer Herbert Schweiger. „Für uns stellt sich aber in absehbarer Zeit die Finanzierungsfrage. Langfristig werden die Wiener Volkshochschulen nicht ohne zusätzliche Mittel auskommen“, so Schweiger.

„Die Kinderbetreuung ist für alle Menschen mit Kindern, die unsere Kurse besuchen, wichtig. Unser Ziel ist es daher, an unserer VHS einen richtigen Kindergarten mit Fixplätzen und flexiblen Plätzen für Kinder von KursteilnehmerInnen einzurichten“, so Karl Dwulit, Direktor der Volkshochschule Brigittenau.

Die erfolgte Besichtigung des Projekts soll Integrationsprojekte und Modelle der begleitenden Kinderbetreuung beleuchten und den Anreiz zum Ausbau solcher Projekte geben. Dieses Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) vom Fonds Soziales Wien (FSW) sowie vom Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) finanziert.





Anm. v. l.
Gruppenfoto mit
Veranstaltungsteilnehmern
mit Kindern,
Geschäftsführer der
Wiener Volkshochschulen
Herbert Schweiger,
Frauenministerin Juliane
Bogner-Strauß, Bundesrätin
Elisabeth Grimling,
Bundesratspräsidentin Inge
Posch-Gruska, Direktor der
VHS Brigittenau Karl Dwulit
und Betreuerinnen der VHS
Fotos © Parlamentsdirektion/
Arman Rastegar





SEXISMUS IM NETZ

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Der Aktionszeitraum 16 Tage gegen Gewalt an Frauen wird weltweit genutzt, um das Ausmaß und die verschiedenen Ausprägungen von Gewalt gegen Frauen zu thematisieren. Damit soll Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen als fundamentale Menschenrechtsverletzung nachhaltige Folgen für die Betroffenen selbst, aber auch für die gesamte Gesellschaft hat.

Auf welche Weise sind Frauen von Hass im Netz betroffen? Wie äußert sich alltäglicher Sexismus im Internet?

Um Strategien und Maßnahmen gegen Sexismus im Netz zu erörtern, lud die Bundesratspräsidentin am 26. November zu einer Podiumsdiskussion ins Parlament. Im Mittelpunkt der Debatte standen die Fragen, auf welche Weise Frauen von Hass im Netz betroffen sind, wie sich alltäglicher Sexismus im Internet zeigt und wo zum Schutz der Betroffenen Handlungsbedarf besteht. Das Impulsreferat hielt die Vorsitzende des Ausschusses für Gleichbehandlung Gabriele Heinisch-Hosek. Am Podium diskutierten Caroline Kerschbaumer (ZARA-Beratungsstelle gegen Hass im Netz), Elisabeth Lechner, Vertreterin des Frauenvolksbegehrens, Erza Arujaj von der Plattform für Frauen The Sorority sowie Barbara Buchegger von Safer Internet. Die Moderation übernahm Judith Weissenböck (ORF).



REPUBLIC ÖSTERREICH **Parlament**
www.parlament.gv.at

REP
Bund
Bundesrat







BURGENLANDABEND IM PARLAMENT

Mit 1. Juli 2018 übernahm Inge Posch-Gruska für das Bundesland Burgenland den Vorsitz des österreichischen Bundesrates, der Länderkammer, Zukunftskammer und Europakammer unserer Republik.

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska und der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl veranstalteten im Rahmen der burgenländischen Präsidentschaft im Bundesrat erstmals einen Burgenlandabend im Parlament.

Posch-Gruska nutzte diesen Rahmen um auf die Schwerpunkte ihrer Präsidentschaft aufmerksam zu machen: Neben dem starken Fokus auf Kinder- und Jugendrechte ist ihr die Kommunalpolitik ein großes Anliegen. Die Bundesratspräsidentin ist selbst seit 2007 Bürgermeisterin der Gemeinde Hirm im Bezirk Mattersburg.

„Ich sehe die Aufgabe der Bundespolitik darin, den Rahmen für ein gutes Miteinander vorzugeben. In Bereichen wie der Kinder- und Jugendhilfe braucht es Qualitätskriterien, die für alle Bundesländer gelten. Die konkrete Umsetzung obliegt dann der Regionalpolitik“, erklärte die Bundesratspräsidentin.

Den Burgenlandabend widmete Posch-Gruska in erster Linie den Menschen, die im Burgenland leben. „Was das Burgenland wirklich ausmacht, sind die Menschen und ihre Vielfalt. Das prägt unsere Kultur und bereichert unser Zusammenleben,“ schloss die Präsidentin des Bundesrates.



*„Was das Burgenland
wirklich ausmacht
sind die Menschen
und ihre Vielfalt.“*

Inge Posch-Gruska

BUNDESRATSPRÄSIDENTIN ZU GAST IM BURGENLAND

Der Bundesrat ist die Länderkammer des österreichischen Parlaments und bringt die regionalen Bezugspunkte und Bedürfnisse der Städte und Gemeinden in die nationalen und europäischen Entscheidungsprozesse ein. Umso wichtiger war es Bundesratspräsidentin Posch-Gruska daher, vor Ort im Burgenland präsent zu sein.

Die Bundesratspräsidentin und Vorsitzende des Kinderrechteausschusses des Bundesrates, Inge Posch-Gruska, veranstaltete am 10. Oktober eine Tagung des Ausschusses im Burgenland. „Der Ausschuss für Kinderrechte hat das Ziel die Situation der Kinder und Jugendlichen vor Ort zu begutachten und in gesamt Österreich zu verbessern. Wir arbeiten fraktionsübergreifend und lösungsorientiert an dem Ausbau der Rechte von jungen Menschen“, erklärt die Bundesratspräsidentin. Einmal im Halbjahr, angelehnt an die Präsidentschaft im Bundesrat, fährt der Kinderrechteausschuss des österreichischen Bundesrates in ein Bundesland um sich dort mit regionalen VertreterInnen des Landtages, der Landesregierung und der Kinder- und Jugendanwaltschaft auszutauschen und sich über Projekte vor Ort zu informieren.

Am Programm des Burgenlandtages stand ein Treffen mit der Burgenländischen Landesrätin für

Jugendagenden, Astrid Eisenkopf, und den BereichssprecherInnen für Jugendagenden im Land Burgenland Kilian Brandstätter (SPÖ), Patrik Fazekas (ÖVP), Regina Patrik (Grüne).

„Das Gespräch mit den burgenländischen Vertreterinnen der Politik und der Fachhochschule haben heute einmal mehr gezeigt, dass wir in Sachen Kinder- und Jugendrechte in Österreich noch einiges zu tun haben. Gerade in Hinblick auf die Kinder- und Jugendhilfe ist es dem Kinderrechteausschuss ein Anliegen über Fraktionsinteressen hinweg, eine gute Lösung für alle jungen Menschen in Österreich zu finden“, so Posch-Gruska.

WORKSHOP DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska besuchte mit „Demokratie in Bewegung“ im Vorfeld des Tages der Demokratie am 15. September die Polytechnische Schule in Mattersburg. In einem Workshop erfuhren die Schülerinnen und Schüler hautnah, was Demokratie bedeutet und nutzten dabei auch die Gelegenheit, mit Präsidentin Posch-Gruska ins Gespräch zu kommen und Fragen an sie zu richten. „Kinder und Jugendliche müssen mitbestimmen können, um Demokratie zu lernen“, unterstrich Posch-Gruska.

Besonderes Augenmerk legt sie darauf, dass viele Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates keineswegs ausschließlich akademische Bildungswege hinter sich haben – viele der Politikerinnen und Politiker hätten eine Lehre abgeschlossen, so Posch-Gruska. Das solle die Schülerinnen und Schüler der Polytechnischen Schule in ihrer Bildungslaufbahn ermutigen. Ganze 26% der Bundesratsmitglieder können einen Lehrabschluss



Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska in der Polytechnischen Schule Mattersburg
© Parlamentsdirektion/Lucia Grabetz



vorweisen, vom Maschinenschlosser über Fleischer und Bäcker bis zur Einzelhandelskauffrau.

VOR ORT IN DEN GEMEINDEN IM BURGENLAND

Posch-Gruska legte den Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft neben einem starken Fokus auf Kinder- und Jugendrechte vor allem auf die Kommunalpolitik. Die Bundesratspräsidentin ist selbst seit 2007 Bürgermeisterin der Gemeinde Hirm im Bezirk Mattersburg. „Ich sehe die Aufgabe der Bundespolitik darin, den Rahmen für ein gutes Miteinander vorzugeben, es braucht gewisse Mindeststandards. Es ist sinnvoll, wenn die konkrete Umsetzung dann der Regionalpolitik obliegt. Als Bürgermeisterin oder Gemeinderat hat man ganz einfach ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse der Leute aus der Region“, stellt die Präsidentin des Bundesrats fest.

In diesem Rahmen besuchte die Bundesratspräsidentin z. B. am 31. August die Gemeinde Olbendorf im Südburgenland.

CENTROPE – ÖSTERREICH, UNGARN, SLOWAKEI UND TSCHECHIEN

CENTROPE (Central Europe), ein Zusammenschluss von Österreich, Ungarn, der Slowakei und Tschechien, feierte sein 15-jähriges Gründungsjubiläum mit der Präsentation eines Buches von Hans Peter Graner über diese Organisation. Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska und das „URBAN FORUM - Egon Matzner-Institut für Stadtforschung“ luden am 27. November zu diesem Jubiläum ins Parlament in der Hofburg ein.

„CENTROPE liegt im Herzen der Europäischen Union. Die gemeinsamen Grenzregionen zwischen Österreich, Ungarn, der Slowakei und Tschechien sind seit September 2003 in dieser ursprünglich als ‚Europa Region Mitte‘ gegründeten mitteleuropäischen Vorzeigeregion zusammengefasst“, ging Posch-Gruska einleitend auf die Geschichte dieser Vereinigung ein. „Der Name CENTROPE entstand aus einem Schülerinnen- und Schülerwettbewerb in den vier Ländern – ein wahrlich völkerverbindendes Symbol.“ Vieles sei in diesen 15 Jahren auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet bereits entstanden, sagte die Bundesratspräsidentin. Vieles sei allerdings noch zu tun, um CENTROPE in den Köpfen und vor allem den Herzen der Bewohnerinnen und Bewohner der Region zu verankern.

Die Burgenländerin Posch-Gruska wies insbesondere auf die besondere Lage ihres Bundeslands hin: „Die kulturhistorisch bedingte Position des Burgenlandes als Vermittler in diesem „Europa der Regionen“ hat in der EU-Kohäsionspolitik, der Schaffung von Fördermöglichkeiten für grenzüber-

schreitende Verkehrsinfrastruktur, in Bildungs- und Forschungsprojekten, in Kultur und Tourismus sowie in der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping eine bedeutende Funktion“, betonte sie und forderte gleichzeitig in diesem Zusammenhang auch die Verantwortung der EU ein: „Hier muss allerdings auch die Rolle der Europäischen Union in diesem 'Europa der Regionen' neu gedacht werden, um das Vertrauen der Menschen in dieses völkerverbindende Europa zu rechtfertigen“.

Die kulturelle, sprachliche und gesellschaftliche Vernetzung könne dabei helfen, eine gemeinsame – einst selbstverständliche, jetzt wieder heranreifende – mitteleuropäische Identität zu finden. „Initiativen in Kunst, Kultur, Forschung, Bildung und Umwelt sind die Bausteine, die eine lebendige, optimistische, zukunftsorientierte und weltoffene Region jenseits aller Grenzen entstehen lassen“, so die Bundesratspräsidentin. Der Bundesrat als Länderkammer des österreichischen Parlaments bringe in dieses Europa der Regionen die regionalen Bezugspunkte in die europäischen Entscheidungsprozesse ein und sei mit seiner Expertise ein starkes Sprachrohr für die Städte und Gemeinden in der CENTROPE-Region. Deshalb werde der Bundesrat auch als „Europakammer“ des Parlaments bezeichnet.

In einer von Bernhard Müller, dem Generalsekretär des URBAN FORUM, moderierten Talkrunde, an der die Botschafterin der Republik Slowenien Ksenija Škrilec, der Botschafter von Ungarn in Wien Andor Nagy, der Botschafter der Slowakischen Republik in Wien Peter Mišík, Mojmir Jeřábek, Erster Botschaftssekretär der tschechischen Republik, sowie Bela Hollos, von der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung teilnahmen, wurde das Erreichte und die Zukunft von CENTROPE im Herzen Mitteleuropas erörtert.



e 2 0
u 1 8
- a t
eu2018parl.at





BUNDESRAT ALS SCHNITTSTELLE ZWISCHEN REGIONEN UND EUROPA

Mit 1. Juli 2018 wurde Inge Posch-Gruska Präsidentin des österreichischen Bundesrates, der zweiten Kammer des österreichischen Parlaments. Gleichzeitig übernahm Österreich den Ratsvorsitz der Europäischen Union. Der österreichische Bundesrat ist als Länderkammer auch Schnittstelle zwischen der Europäischen Union und den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska eröffneten am 19. November die LX. COSAC - die Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments. Die Konferenz fand im Rahmen der Parlamentarischen Dimension des österreichischen Ratsvorsitzes im Austria Center Vienna statt. Sowohl Sobotka als auch Posch-Gruska unterstrichen dabei mit Nachdruck die Bedeutung der parlamentarischen Begleitung internationaler Politik sowie des intensiven und konstruktiven Austauschs unter den ParlamentarierInnen der unterschiedlichen Kammern aller Mitgliedsländer.

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska thematisierte vor allem den Vertrauensverlust in die EU durch die verschiedenen Krisen. Dieses verlorengegangene Vertrauen könne durch Handlungsfähigkeit und

Krisenfestigkeit sowie Bürgernähe und Transparenz zurückgewonnen werden, zeigte sie sich überzeugt. Deshalb habe es sich der österreichische Vorsitz zur Aufgabe gemacht, die EU durch mehr Transparenz den Menschen wieder näher zu bringen, etwa durch Stärkung des Subsidiaritätsprinzips.

„Viele Herausforderungen lassen sich in den Mitgliedstaaten oder Regionen wesentlich besser – und näher an den Bürgerinnen und Bürgern – entscheiden“, sagte die Bundesratspräsidentin, warnte aber gleichzeitig eindringlich davor, Subsidiarität zur Forcierung kurzfristiger Nationalismen zu missbrauchen.

Für Posch-Gruska muss die EU vor allem einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten finden, denn das mache sie stark. „Die österreichische Bundesregierung hat den österreichischen



EU-Ratsvorsitz unter das Motto ‚Ein Europa, das schützt‘ gestellt. Nach meiner Auffassung muss dies auch den sozialen Schutz und die Absicherung des Wohlstands mit einschließen, um die EU als verlässliche und stabilisierende Kraft wiederherzustellen“, unterstrich die Bundesratspräsidentin.

Den Bundesrat bezeichnete sie einmal mehr als die Europakammer und Zukunftskammer und wies darauf hin, dass der EU-Ausschuss des Bundesrats in EU-Angelegenheiten höchst engagiert sein Mitwirkungsrecht wahrnimmt und bei der Subsidiaritätskontrolle im europäischen Vergleich eine der aktivsten Kammern aller nationalen Parlamente ist.



v.l.: Bundesrat Christian Buchmann, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Staatssekretärin Karoline Edtstadler, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Abgeordneter Reinhold Lopatka

Fotos © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

DUNG DER REPUBLIK 1918



K
P

Oktober 2018
—
Februar 2019

DAYS THE
DEFI
A N

THE FOUN
REPUBLIC

An exhibition of
Parliamentary

Heldenplatz, Vi

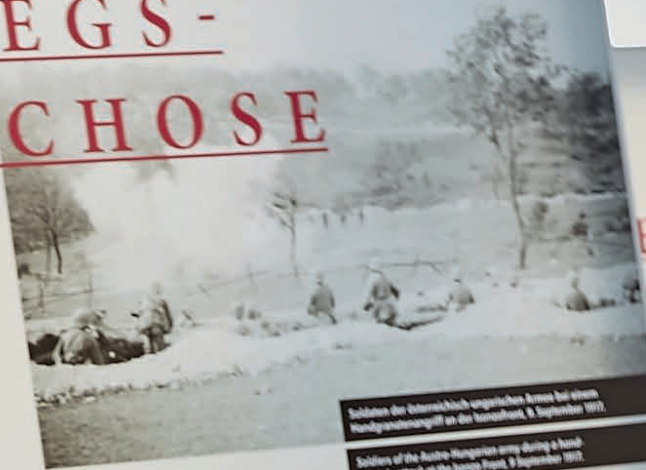
ne Ausstellung der
parlamentsdirektion

eldenplatz, Wien



mit dem

RIEGS- SYCHOSE



Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee bei einem Winterangriff an der Isonzo-Front, 9. September 1917.
Soldiers of the Austro-Hungarian army during a hard snowy attack at the Isonzo Front, 9 September 1917.

Im Herbst 1918 geht der Erste Weltkrieg bereits in sein fünftes Jahr. Österreich-Ungarn ist militärisch so gut wie am Ende. Die Versorgungslage der Menschen ist verheerend.

Die Armeen Österreich-Ungarns kämpfen an der Seite jener des Deutschen Reiches, Bulgariens und des Osmanischen Reiches gegen die Entente, ihr geführtes v. a. Frankreich, Großbritannien, Italien, bis 1917 Russland und seit 1917 auch die USA an. Was von seiten Österreich-Ungarns im Juli 1914 als kurzer, befristeter Feldzug gegen Serbien geplant war, eskalierte zum globalen Krieg. Spätestens im Sommer 1918 zeichnet sich ab, dass dieser Krieg für Österreich-Ungarn und seine Verbündeten nicht mehr zu gewinnen ist.

Nach mehr als vier Kriegsjahren und Lebensmitteln, Rohstoffe und vor allem die Menschen erschöpft, im Juli 1918 kritisieren Parlamentarier in einer geheimen Sitzung den Kriegskurs der kaiserlichen Regierung scharf. Abgeordnete Isidor Zehradnik, ein Herr aus etwa der böhmische Abgeordnete Isidor Zehradnik, „in herrscht auch bei den Soldaten schon die Kriegspychose, wie bei uns allen die Kriegspychose im höchsten Grade herrscht.“

Im Herbst 1918 kämpfen im Oktober 1918 immer noch Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee, vor allem an der italienischen Front. Allerdings zeigt nun auch das Heer, ein Garant der Monarchie, die Zersplitterungserscheinungen. Es erscheint für viele Soldaten, weiter für einen Staat zu kämpfen, der sich in Auflösung befindet.



Verwundete vor dem Abtransport nach Warschau (Russland) im Hinterland der Isonzo-Front, 23. August 1918.
Injured soldiers about to be transported to Warsaw (Russia) in the hinterland of the Isonzo Front, 23 August 1918.

WAR - INDUCED PSYCHOSIS

In the autumn of 1918, the First World War enters its fifth year. The Austro-Hungarian military is on its knees. The populace is faced with a devastating shortage of supplies.

The armies of the Austro-Hungarian Empire fight beside those of the German Reich, Bulgaria and the Ottoman Empire against the Entente. The latter above all comprises France, Great Britain and Italy with Russia and the USA respectively joining and joining in 1917. What was envisaged by the Austro-Hungarians as a short, limited campaign against Serbia in July 1914 had escalated into a global war. By no later than the summer of 1918, it becomes apparent that the Austro-Hungarian Empire and its allies can no longer win the war.

After more than four years of war, food, raw materials and almost all the people have all been exhausted. During a secret session in July 1918, parliamentarians severely criticise the imperial government's handling of the war. The Bohemian delegate Isidor Zehradnik, for example, also that "already earlier that the soldiers are already suffering from war-induced psychosis, as we all know that we are all suffering from war-induced psychosis in its most serious form".

And yet in October 1918, soldiers of the Austro-Hungarian army are still engaged in combat, predominantly at the Italian front. However, the army – one of the pillars of the monarchy – also begins to exhibit signs of disintegration. For many of its soldiers it appears pointless to fight for a state that seems to be in the process of dissolving.

EBURTS- FUNDE NES AATES



Die Österreichische Nationalversammlung im Reichsministerium für Inneres in Wien am 21. Oktober 1918.
The Austrian National Assembly in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918.

A STATE IS BORN

Am 21. Oktober 1918 tritt die im Sitzungssaal des Reichsministeriums für Inneres in Wien tagende Österreichische Nationalversammlung die österreichische Bundesverfassung in Kraft. Sie ist die Geburtsurkunde eines neuen Staates.

On 21 October 1918 the Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna. It is the birth certificate of a new state.

The Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918. It is the birth certificate of a new state.

The Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918. It is the birth certificate of a new state.

The Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918. It is the birth certificate of a new state.

The Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918. It is the birth certificate of a new state.

The Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918. It is the birth certificate of a new state.

The Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918. It is the birth certificate of a new state.

The Austrian National Assembly convenes in the Reichsministerium für Inneres in Vienna on 21 October 1918. It is the birth certificate of a new state.

GEDENKJAHR 2018: ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT

2018 jährt sich viele wichtige historische Ereignisse. Das Gedenkjahr bot Anlass für einen Blick zurück in die österreichische Geschichte.

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska lud am 5. Dezember zur Buchpräsentation „Zum Glück gibt's Felix“. Darin wird die Geschichte der ursprünglich österreichisch-jüdischen Familie Felix geschildert, die hinter der bekannten Lebensmittelmarke „Felix“ steht. Herbert Felix gründete sie in Schweden im Exil und war neben seinem Cousin Bruno Kreisky einer der wenigen Mitglieder dieser Familie, die den Holocaust überlebten.

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska thematisierte in ihrer Ansprache die geschichtlichen Hintergründe des Buches und den Werdegang der Marke Felix: „Wir alle kennen die Marke Felix Austria als jene Marke, die Gurkerln, Gulasch und Ketchup auf unseren Tisch bringt. 1961 wurde die Felix Fabrik im Bezirk Mattersburg im Burgenland errichtet. Nicht ganz so bekannt wie die Marke ist die Geschichte des jüdischen Unternehmensgründers Herbert Felix, der im Nationalsozialismus nach Schweden flüchten musste. Mit dieser Buchpräsentation möchte ich einen burgenländischen Beitrag zum Gedenkjahr 2018 setzen. Und ich danke Horst Horvath vom Verlag Lex Liszt und den Autorinnen und Autoren, dass mit diesem Buch die Geschichte des Flüchtlings Herbert Felix erzählt wird.“

Impulsreferate hielten bei der Buchvorstellung der Historiker Oliver Rathkolb, Prof. Herwig Hösele vom Österreichischen Zukunftsfonds, Stephan Neuhäuser vom Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018, Maria Luise Lanzrath vom Österreichischen Nationalfonds und Michael Gulliver Wagner von Felix Austria.

Moderator Walter Reiss umriss im Gespräch mit den beiden HerausgeberInnen Gertrude Andersson-Reisner und Eduard Sieber die Entstehungsgeschichte des Buches sowie auch die Bedeutung des Betriebes Felix in Mattersburg.

PODIUMSDISKUSSION „KRITIK. PROTEST. ZIVILCOURAGE.“

Posch-Gruska und die Bundesjugendvertretung luden am 14. Dezember zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Kritik. Protest. Zivilcourage.“ in das Palais Epstein, um im Hinblick auf die Situation von AktivistInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und SozialarbeiterInnen über Strategien zu diesen Themen zu sprechen und auszuloten, ob und welchen Handlungsbedarf es für die Politik gibt.

„Wir tragen die Verantwortung, Strategien zu entwickeln, damit Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen.“

Inge Posch-Gruska

Das Impulsreferat hielt Kathrin Glösel vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Am Podium diskutierten die Gründerin von „Omas gegen Rechts“ Monika Salzer, Eva Grigori vom Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung der FH St. Pölten und Caroline Pavitsits, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung. Die Moderation übernahm Colette Schmidt (Der Standard).



Buchpräsentation: „Zum Glück gibt's Felix. Das Flüchtlingsschicksal des Industriepioniers Herbert Felix“
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



v. l.: Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Oliver Rathkolb, Martin Andersson, Herwig Hösele, Maria Luise Lanzrath, Horst Horvath, Julia Gsertz, Michael Gulliver Wagner, Gertrude Andersson-Reisner, Walter Reiss, Bundesratsvizepräsident Ewald Lindinger und Eduard Sieber bei der Buchpräsentation
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

„Wir tragen die Verantwortung, Strategien zu entwickeln, damit Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen“, so die Einladung der Bundesratspräsidentin Posch-Gruska zur Podiumsdiskussion. Derzeit würden AktivistInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und SozialarbeiterInnen aber immer wieder an ihre Grenzen stoßen. Damit das „Nie wieder!“ nicht zu einer Floskel werde, sei es wichtig, auf die Demokratie zu achten und auf sie aufzupassen, betonte die Bundesratspräsidentin zur Begrüßung. Im Hinblick darauf, was im Jahr 2018 passiere, sehe sie es auch als ihre Aufgabe, Dinge anzusprechen, über die sonst geschwiegen werde. So gelte es etwa deutlich zu sagen, dass Afghanistan kein sicheres Land ist, wohin Flüchtlinge zurückgeschoben werden können. Posch-Gruska rief dazu auf, in allen Bereichen mit Zivilcourage aufzuzeigen, wenn etwas nicht richtig laufe.

Die Vorsitzende der Bundesjugendvertretung Caroline Pavitsits betonte, ihrer Einrichtung sei Antifaschismus ein großes Anliegen. Auch etwa hinsichtlich Frauenbild der „Identitären“ gebe es Beispiele

25 JAHRE VOLKSGRUPPE ROMA UND SINTI

Unter dem Motto „Vielfalt und Verantwortung“ fand im Plenarsaal des Parlaments am 16. Dezember eine Matinee aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Anerkennung der Roma als Volksgruppe statt. Die Roma und Sinti wurden am 16. Dezember 1993 als „Volksgruppe der Roma“ anerkannt.

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska eröffnete die Matinee. Der Wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands Gerhard Baumgartner hielt den Festvortrag, in dem er durch die jüngere Geschichte der Volksgruppe führte. Barbara Glück, Direktorin des Mauthausen Memorials, führte ein Gespräch mit Manuela Horvath (33), Angehörige der Volksgruppe der Roma und Gemeinderätin in Oberwart, und dem Roma-Schriftsteller Stefan Horvath (69), in dem die persönlichen Erfahrungen, aber auch das sich geänderte Bewusstsein zur Sprache kamen. Nach Ansprachen von Emmerich Gärtner-Horvath, dem Vorsitzenden des Volksgruppenbeirats der Roma, und Christian Klippl, Obmann des Kulturvereins



Gemeinsame Veranstaltung mit der Bundesjugendvertretung (BJV) zum Thema „Kritik.Protest.Zivilcourage“
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

schockierender Videos bis dahin, Frauen das Wählen verbieten zu wollen. Rechtsextreme Organisationen würden sehr stark mit Existenzängsten der jungen Menschen arbeiten, so Pavitsits. Es gelte, gegen diese Bewegungen aufzustehen und sich dagegen auszusprechen, etwa auch in Online-Räumen. Was Jugendliche allgemein betrifft, sieht sie keine Politikverdrossenheit. Was die Politik allerdings schaffen müsse, seien Partizipationsmöglichkeiten.

österreichischer Roma, sprach Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die Schlussworte. Die Moderation der Matinee übernahm Sandra Szabo, für die musikalische Begleitung sorgte Amenza Ketane unter der Leitung von Hojda Willibald Stojka.

„Bis in die 1980er-Jahre war es Praxis, die Kinder der Roma-Volksgruppe in Sonderschulen abzuschieben“, berichtete Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska.



Sie erinnerte daran, dass das Arbeitsamt Oberwart „ganz offiziell rassistische Stellenausschreibungen mit dem Vermerk ‚Bitte keine Zigeuner‘ noch kurz vor der Anerkennung der Volksgruppe veröffentlicht hat“. Posch-Gruska betonte, die Volksgruppe der Roma hätte den europäischen Raum und die österreichische Kultur geprägt. „Nur zehn Prozent der Roma und Sinti

„Nur zehn Prozent der Roma und Sinti haben die Massenmorde der Nazis und die katastrophalen Zustände in den Konzentrationslagern überlebt.“

Inge Posch-Gruska

haben die Massenmorde der Nazis und die katastrophalen Zustände in den Konzentrationslagern überlebt“, sagte die Bundesratspräsidentin. Und als diese in ihre Siedlungen zurückkehrten, waren ihre Häuser zerstört und ihre Namen nicht in den Grundbüchern.

Im Gespräch mit Barbara Glück und Manuela Horvath erzählte Stefan Horvath (nicht mit Manuela Horvath verwandt) von seinem von Diskriminierung

gekennzeichneten Bildungsweg und dem Rohrbombenattentat 1995, bei dem sein Sohn und drei weitere Bewohner der Siedlung ermordet wurden. Bereits Monate zuvor, kurz nach der Explosion einer Rohrbombe in Klagenfurt, bei der ein Polizist im August 1994 beide Hände verloren hatte, bemerkten die vier Burschen verdächtige Vorgänge rund um die Siedlung. Die Erwachsenen taten es als Hirngespinnste ab. Selbst am Abend der Sprengung glaubte Stefan Horvath seinem Sohn nicht, als dieser ein Krachen gehört hatte. Horvath warf ihm vor, er nehme sich zu wichtig. „Dann hat er sich mit den Worten verabschiedet: Es muss erst was passieren, bis etwas geschieht“, erzählte Horvath bei der Matinee. Wenige Minuten später war sein Sohn tot.

Keine Diskriminierung erfuhr Manuela Horvath. Auch sie ist Roma und stammt aus Oberwart. Ihr Schul- und Ausbildungsweg verlief wie die Wege vieler Tausender Burschen und Mädchen ihres Alters. Allerdings hatte sie einen Großvater, Michael Horvath, der von den Nazis verfolgt worden war und sieben Jahre in Konzentrationslagern verbracht hatte. Für die meisten ehemaligen KZ-Insassen in der Roma-Siedlung in Oberwart war die Zeit des Nationalsozialismus ein Tabu-Thema. Michael Horvath war eine Ausnahme: Er sprach täglich von seinen Demütigungen durch die Nazis. Er engagierte sich auch für die Volksgruppe der Roma und verlor zwei Enkel beim Attentat von 1995. Durch ihn fühlt sich Manuela Horvath verpflichtet, in Schulen bei Kindern und Jugendlichen gegen Vorurteile anzukämpfen. Auch Stefan Horvath geht als Vertreter von Zeitzeugen in Schulen und berichtet von seinen Diskriminierungen.



v. l.: Stefan Horvath, Direktorin des Mauthausen Memorials Barbara Glück, Obmann Kulturverein österreichischer Roma Christian Klippel, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma Emmerich Gärtner-Horvath, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Manuela Horvath, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Moderatorin Sandra Szabo, Wissenschaftlicher Leiter des DÖW Gerhard Baumgartner

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

REDE BUNDESRATSPRÄSIDENTIN
INGE POSCH-GRUSKA

AM 8. NOVEMBER 2018
IM BUNDESRAT

IN ERINNERUNG AN DIE
NOVEMBERPOGROME 1938



Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist mir ein Anliegen, an die morgen 80 Jahre zurückliegenden Novemberpogrome zu erinnern.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 waren die blühenden jüdischen Gemeinden im Burgenland bereits zerstört. Im Burgenland wurde besonders rasch, aber ebenso grausam wie in anderen Regionen gegen die jüdische Bevölkerung vorgegangen.

Anfang Oktober 1938 hieß es in der Zeitung „Grenzmark Burgenland“:

„Am 29. und 30. September verließen die letzten Juden Mattersburg. Der Ort, der seiner 530 ansässigen Juden wegen Jahrhunderte hindurch berüchtigt war, ist somit gänzlich judenfrei.“

Im November 1938 wurden die meisten Jüdinnen und Juden aus dem Burgenland bereits vertrieben. Die Pogromangriffe richteten sich daher gegen alles, was von der jüdischen Kultur noch übrig geblieben war. Synagogen wurden gesprengt, jüdische Betstuben, Versammlungsräume, Geschäfte, Wohnungen, aber auch Friedhöfe wurden verbrannt und verwüstet.

In den Tagen vom 7. bis zum 13. November wurden im damaligen Deutschen Reich mehrere Hundert jüdische Menschen grausam getötet, mehrere Zigttausend wurden in Konzentrationslager gesperrt, wo viele von ihnen ermordet wurden oder an den Haftfolgen starben. Die Pogrome markieren damit den Übergang von der Diskriminierung der Jüdinnen und Juden zu ihrer systemati-

schen Verfolgung im Nationalsozialismus.

Einen „spontanen Ausbruch des Volkszorns“ benannte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels diese abscheulichen Verbrechen an der jüdischen Minderheit, als ob es eine Rechtfertigung für Enteignung, für Mord oder für Menschenverachtung gäbe. Die von ihm geprägte Bezeichnung „Reichskristallnacht“ sollte, die Gewalttaten und den Tod verharmlosend, auf die vielen zersplitterten Glasscherben von Synagogen und jüdischen Geschäften hinweisen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Erinnern heißt nicht nur nicht vergessen, erinnern heißt auch kämpfen. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass wir niemals vergessen, wozu wir Menschen fähig sind, und zwar zu Hass, zu Gewalt, zu Verfolgung mehrerer Millionen Menschen, aber auch zu Mord. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Ermordeten und Verfolgten und dass ihr Tun oder ihre Worte niemals vergessen werden. Und wir müssen dafür kämpfen, dass unsere demokratische Republik, der Frieden, vor allem aber auch das friedliche Zusammenleben in unserem Land bewahrt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Teil der österreichischen Politik, der österreichischen Gesetzgebung, aber auch als Zukunftskammer ist die Verantwortung, die wir hier tragen, sogar eine noch größere. Erinnern heißt, die Zeichen richtig zu deuten und aktiv Stellung zu beziehen, wenn Unrecht geschieht. Es liegt an uns, den Anfängen zu wehren.





FOKUS AUF DIE RECHTE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Im Rahmen einer persönlichen Zusammenschau blickt Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska auf ihre Präsidentschaft im Bundesrat zurück und dankt für die gute Zusammenarbeit.

Weil es nicht möglich ist, diese Aufgabe alleine zu erfüllen, möchte ich mich allen voran bei euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit im Dienst der Republik bedanken. Dass die Arbeit im Bundesrat über Fraktionsgrenzen hinweg funktioniert, ist nicht zuletzt den Fraktionsvorsitzenden geschuldet. Mein Dank richtet sich daher an Monika Mühlwerth (FPÖ), Karl Bader (ÖVP) und an meinen Fraktionsvorsitzenden,

Weil es nicht möglich ist, diese Aufgabe alleine zu erfüllen, möchte ich mich allen voran bei euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit im Dienst der Republik bedanken.

Inge Posch-Gruska

Reinhard Todt, der mir den Vorsitz des Bundesrates übergab. Ein besonders großer Dank gebührt außerdem Bundesrätin Elisabeth Grimling, die mich in diesem Halbjahr stets begleitet und beraten hat. Ich möchte mich stellvertretend für alle MitarbeiterInnen des Parlaments bei Dr.ⁱⁿ Susanne Bachmann, Dr.ⁱⁿ Alice Alsch-Harant, Monika Schweitzer-Wünsch, Anna-Sophie Prünner und Renat Kojic bedanken. Stellvertretend für die MitarbeiterInnen des SPÖ-Parlamentsklubs richte ich meinen Dank an den

stellvertretenden Klubdirektor Peter Pointner, der die Bundesratsfraktion mit seinen Fachkenntnissen bestens betreut, und an Claudia Peska, die uns Unmögliches ermöglicht. Alle Erwähnten und noch viele darüber hinaus haben die Basis für meine Arbeit als Präsidentin des Bundesrates geschaffen, über die ich Resümee ziehen möchte.

Der österreichische Bundesrat ist Schnittstelle zwischen Bund und Ländern, zwischen der Europäischen Union und den Bürgerinnen und Bürgern in Österreich. Wir sind nicht nur die Länderkammer, wir sind die Europakammer und die Zukunftskammer unseres Landes.

Als Zukunftskammer ist es unsere besondere Aufgabe, nachhaltig für das Österreich von morgen zu planen und unsere Demokratie für die Zukunft zu sichern. Wo kann es einen besseren Anknüpfungspunkt dafür geben, als bei den Kindern und Jugendlichen unseres Landes? Sie sind die Zukunft Österreichs. Ich habe daher den Fokus meiner Präsidentschaft auf die Rechte von Kindern und Jugendlichen gelegt.

KINDERRECHTE – MENSCHENRECHTE

Kinder zählen zu den Schwächsten in unserer Gesellschaft, nicht etwa, weil sie schwach wären – nein, sie zählen zu den Schwächsten, weil sie weniger Rechte haben als wir





Erwachsene. Dabei sind es gerade die Kinder und Jugendlichen in unserem Land, die wissen, was wir längst vergessen, haben: Kinder sagen gerade heraus, was sie denken, Kinder halten zusammen, Kinder sind mutig. Kinder sind damit die Stärksten überhaupt.

Unsere Aufgabe ist es, Kindern den Platz in unserer Gesellschaft zu geben, den sie verdient haben. Dieser Platz ist genau in der Mitte. Kinder können aber nicht selbst bestimmen, in welchem Umfeld sie aufwachsen. Die Kinder- und Jugendhilfe schafft daher einen wichtigen gesetzlichen Rahmen, um ein gutes Leben für jedes Kind in unserem Land zu garantieren. In den vergangenen Monaten haben wir lange und intensiv über diesen gesetzlichen Rahmen diskutiert. Ich habe Expertinnen und Experten sowie wichtige Stakeholder aus allen Bundesländern ins Parlament hier in der Hofburg und online zur Diskussion eingeladen.

Wir haben eine parlamentarische Enquete zum Thema veranstaltet. Wir haben im Kinderrechteausschuss, in unseren Fraktionen sowie hier im Plenum diskutiert. Und ich freue mich, dass wir uns über Fraktionsgrenzen hinweg darauf einigen konnten, wie wichtig österreichweite Qualitätsrichtlinien in der Kinder- und Jugendhilfe sind. Mein besonderer Dank gilt in dieser Sache den Expertinnen und Experten die an der parlamentarischen Enquete teilnahmen, meinem Kooperationspartner Andreas Kovar und dem SOS Kinderdorf sowie allen Mitgliedern des Kinderrechteausschusses des Bundesrates, die wie ich standhafte Kämpferinnen und Kämpfer für die Rechte von Kindern und Jugendlichen in unseren Parteien sind. Kinder und Jugendliche haben das Recht darauf, mit starker Stimme in Politik und Gesellschaft vertreten zu sein. Es freut mich daher besonders, dass die Demokratiewerkstatt regelmäßig Kinder, Jugendliche und Lehrlinge ins Parlament holt.



Kinder zählen zu den Schwächsten in unserer Gesellschaft, nicht etwa, weil sie schwach wären – nein, sie zählen zu den Schwächsten, weil sie weniger Rechte haben als wir Erwachsene.

Inge Posch-Gruska

In Zusammenarbeit mit der Bundesjugendvertretung und der Vorsitzenden Caroline Pavitsits ist es uns in diesem Halbjahr außerdem gelungen, Jugendlichen eine Stimme im Parlament zu geben – im wahrsten Sinne des Wortes. Mit der Veranstaltung „Your rights. Your stage.“ hatten junge Menschen die Möglichkeit ihre Meinung bei einem Poetry Slam auszudrücken. Von der allseits prognostizierten Politikverdrossenheit war dabei keine Spur zu sehen.

Und auch die gemeinsame Veranstaltung mit der Bundesjugendvertretung „Kritik.Protest. Zivilcourage.“ zeigte deutlich, dass junge Menschen eine Meinung haben, die sie äußern und für die sie einstehen.

Das diesjährige 70-jährige Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begingen wir im Parlament daher unter dem Motto „70 Jahre Menschenrechte – Wie wir die Kinderarmut in Österreich abschaffen können“. Hier wurde einmal mehr deutlich: Ob ein Kind in Armut lebt oder nicht, hängt von seinem Umfeld ab, von den finanziellen Mitteln der Eltern oder Pflegeeltern. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das großartige Volkshilfeprojekt von Erich Fenninger hinweisen. Hier wurde ein machbarer Weg gesucht und angegangen, um die Kinderarmut in Österreich abzuschaffen.

MITBESTIMMUNG IN ÖSTERREICH

Als Bundesrat sind wir die Zukunftskammer Österreichs. Unsere Kinder aber sind die Zukunft Österreichs. Um die Demokratie also für die Zukunft zu sichern, müssen wir Kindern und Jugendlichen mehr Rechte zur Mitbestimmung geben, denn damit Kinder Demokratie lernen, müssen sie mitbestimmen können. Das absolute Herzstück meiner Präsidentschaft war daher ein Projekt unter dem Titel „Mitbestimmung in Österreich – Das kann doch jedes Kind“. Bei diesem Projekt wurde erhoben, in welchen Gemeinden es Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gibt. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden in eine Publikation gegossen. So werden Best-Practice-Beispiele allen Gemeinden Österreichs zur Verfügung gestellt. In meiner Gemeinde Hirm im Burgenland haben wir beispielsweise ein Kinder- und Jugendbudget sowie eine Kinderkonferenz eingeführt, bei der Kinder selbst bestimmen können, wie sie ihr Budget einsetzen wollen.

Wir haben uns erkämpft, dass der Kinderrechteausschuss nicht nur im Parlament, sondern auch in den Bundesländern tagen kann. Das ist besonders wichtig, da die Situation von Kindern und Jugendlichen in jedem Land eine andere ist. So

besuchten die Mitglieder des Ausschusses in diesem Halbjahr das Landhaus in Eisenstadt, um über die aktuelle Lage der Artikel-15a-Vereinbarung hinsichtlich der Kinder- und Jugendhilfe zu beraten. Im Anschluss präsentierten StudentInnen der FH Eisenstadt selbst entwickelte und durchgeführte Projekte zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in burgenländischen Ortschaften. Mit dem Projekt Demokratie in Bewegung besuchte ich anlässlich des Tages der Demokratie die Polytechnische Schule Mattersburg. Zusätzlich zur Demokratiewerkstatt, die die Jugend ins Parlament holt, bringen wir das Parlament mit dem Projekt in die Schulen.

*Das absolute Herzstück
meiner Präsidentschaft
war daher ein Projekt unter
dem Titel ‚Mitbestimmung
in Österreich – Das
kann doch jedes Kind‘.
Bei diesem Projekt
wurde erhoben, in
welchen Gemeinden
es Mitbestimmungs-
möglichkeiten für Kinder
und Jugendliche gibt.*

Inge Posch-Gruska

DAS PARLAMENT IN DIE LÄNDER TRAGEN

Als Bundesratspräsidentin war es meine Aufgabe, das Parlament in die Länder zu tragen, um Anliegen und Diskussionen vor Ort aufzugreifen und in das Hohe Haus mitzunehmen. So besuchte ich mehrere Gemeinden, KünstlerInnen, Schulen und Projekte im Burgenland, um die Situation vor Ort in meine Arbeit im Parlament einfließen zu lassen. Mit dem Burgenlandabend ist es gemeinsam mit Landeshauptmann Hans Niessl sogar gelungen, nicht nur die Anliegen, sondern die Menschen aus dem Burgenland in das Parlament zu holen; ein wahres Highlight des Halbjahres.



Das Burgenland ist meine Heimat. Besonders stolz bin ich auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die es zwischen dem Burgenland, Wien und Niederösterreich sowie mit den historisch seit über 1000 Jahren verbundenen Nachbarn Ungarn, Slowakei und der Tschechischen Republik gibt. Bei der hochkarätigen Diskussion „CENTROPE – Vernetzung der Regionen“ wurde deutlich, dass die kulturelle, sprachliche und gesellschaftliche Vernetzung ein ganz wichtiger Faktor für das Gemeinsame und den Zusammenhalt der Menschen in der EU und in den Regionen ist.

EUROPA – WERTEGEMEINSCHAFT UND FRIEDENSPROJEKT

Zeitgleich mit der burgenländischen Präsidentschaft im Bundesrat erfolgte die EU-Ratspräsidentschaft in Österreich. Das passt sehr gut, denn das Burgenland hat gerade durch seine kulturhistorische Position als vermittelnde Kraft im Europa der Regionen eine bedeutende Funktion in der EU-Kohäsionspolitik, der grenzüberschreitenden Verkehrspolitik, in Bildungs- und Forschungsprojekten, in Kultur und Tourismus und nicht zuletzt in der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping.

Europa ist eine Wertegemeinschaft und ein Friedensprojekt. Europa bedeutet ein Bekenntnis zur Demokratie, ein Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit, ein Bekenntnis zur Gleichberechtigung und ein Bekenntnis zu Frieden. Rückblickend auf das letzte Halbjahr und die letzten Jahre der Europäischen Union kann aber festgestellt werden, dass eine dringende Notwendigkeit darin besteht, Europa zu stärken. Es braucht ein geeintes Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

GEDENKJAHR 2018 ERINNERN HEISST KÄMPFEN

Nicht zuletzt aufgrund unserer eigenen Geschichte tragen wir Österreicherinnen und Österreicher eine besondere Verantwortung für den Frieden und den Zusammenhalt in Europa. Als Präsidentin des österreichischen Bundesrates war und ist es mir ein Anliegen, diese Verantwortung wahrzunehmen. Mit der Filmvorführung „Der Trafikant“ konnte gemeinsam mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka unsere Geschichte in die Gegenwart geholt werden. Die Anfänge der Ausgrenzung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden wird in diesem Film ausdrucksvoll skizziert.

Bei der Präsentation des Buches „Zum Glück gibt’s Felix“ hörten wir vom Leben eines jungen, jüdischen Unternehmers, der nach Schweden fliehen musste und Jahre später die Ketchup-Marke Felix gründete. In den Sitzungen des Bundesrates haben wir der

Gräueltaten des Nationalsozialismus gedacht und uns in Erinnerung gerufen, mit welchen schändlichen und bösartigen Ausreden die Novemberpogrome und damit die gewalttätigen Angriffe und Morde an Tausenden Menschen begründet wurden. Bei der Veranstaltung „Kritik. Protest. Zivilcourage.“ diskutierten wir darüber, was es heute und im Alltag bedeutet, mit dem Gedankengut der Ewiggestrigen umzugehen. Schließlich markiert das Ende des Gedenkjahres 2018 auch das Ende meines Vorsitzes im Bundesrat. Ich möchte meine Präsidentschaft daher gerne mit einem Aufruf beenden:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erinnern heißt kämpfen: Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass wir niemals vergessen, wozu wir Menschen fähig sind: zu Hass, zu Gewalt, zu

*Als Bundesratspräsidentin
war es meine Aufgabe,
das Parlament in die
Länder zu tragen,
um Anliegen und
Diskussionen vor Ort
aufzugreifen und in
das Hohe Haus
mitzunehmen.*

Inge Posch-Gruska

Verfolgung und zu Mord. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Ermordeten und Verfolgten, dass ihr Tun und ihre Worte niemals vergessen werden. Wir müssen dafür kämpfen, dass unsere Demokratische Republik, dass der Frieden und der Zusammenhalt der Menschen in unserem Land, in Europa und auf der Welt gesichert werden. Erinnern heißt kämpfen.

Erinnern heißt aber auch, sich der Gegenwart zu stellen und Verantwortung zu übernehmen, denn wir wissen, dass die Gräueltaten des Nationalsozialismus nicht mit den Gaskammern begonnen haben. Es liegt daher an uns, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten und aktiv Stellung zu beziehen, wenn Unrecht geschieht.

Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska



Ingo Appé

Präsident des Bundesrates

1. Jänner 2019 – 30. Juni 2019



ZUKUNFTSKAMMER BUNDES RAT

Bundesratspräsident Ingo Appé stellte den Trinkwasserschutz in den Mittelpunkt seiner Amtszeit, mehrere Veranstaltungen und Diskussionsrunden beschäftigten sich mit dem Schutz der öffentlichen Wasserversorgung für die Zukunft. Zudem plädierte Appé dafür, den Bundesrat noch stärker als Zukunftskammer zu positionieren.

„Wasser ist ein öffentliches Gut und muss ein öffentliches Gut bleiben“, sagte der neue Bundesratspräsident, der Kärntner Ingo Appé, in seiner Antrittsrede vor der Länderkammer. Kärnten, das zu Jahresbeginn den Vorsitz im Bundesrat führte, trete Privatisierungsplänen in der Trinkwasserversorgung entschieden entgegen, um das „Lebensmittel Nummer eins“ für künftige Generationen zu sichern. Grundsätzlich sei der Erhalt von qualitativ hochwertigem Trinkwasser von entscheidender Bedeutung für die Gesellschaft, bekannte sich Appé zum nachhaltigen Schutz österreichischer Gewässer vor Verunreinigung. Er kündigte an, in einer Enquete mit Experten und Expertinnen konkrete Maßnahmen zum Trinkwasserschutz erörtern zu wollen.

Zur Arbeit des Bundesrates generell hielt Präsident Appé fest, er suche bei seinen Vorhaben im Sinne der Länderinteressen den Dialog mit allen demokratischen Parteien. Nicht zuletzt das Vertrauen der Bevölkerung in die zweite Kammer gelte es, dabei zu stärken. Immerhin könne der Bundesrat mit seinem Vetorecht weitergehende Beratungen über Gesetzesvorschläge beziehungsweise deren Überarbeitung erwirken, unterstrich der Bundesratsvorsitzende die Wichtigkeit des Gremiums bei der Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene.

ERHALT INTAKTER UMWELT ALS VERPFLICHTUNG

In seinen Ausführungen zum Trinkwasserschutz erinnerte Bundesratspräsident Appé an den Schwerpunkt seiner Vorgängerin Inge Posch-Gruska, die für das Burgenland die Kinderrechte ins Zentrum ihrer Präsidentschaft gestellt hatte.

„Die Zukunft sind unsere Kinder“, so Appé, daher sei man verpflichtet, ihnen eine intakte Umwelt und die gesicherte Verfügbarkeit sauberen Wassers zu hinterlassen. „Wasserverunreinigung und Wasserknappheit können erhebliche soziale und wirtschaftliche Kosten, aber auch zukünftige Konflikte verursachen.“ Das Land Kärnten beabsichtige zum Schutz der Wasserressourcen mit einer eigenen Wassercharta das kostbare Gut in Verfassungsrang zu heben, beschrieb er das vom

*„Wasser ist ein öffentliches
Gut und muss ein
öffentliches Gut bleiben.“*

Ingo Appé

Kärntner Landesrat Daniel Fellner vorangetriebene Vorgehen gegen „Privatisierungsbestrebungen“ in diesem Bereich. Slowenien, das den Wasserschutz seit 2016 in der Verfassung hat, nehme man dabei als Vorbild.

Als Bürgermeister von Ferlach verwies Appé außerdem darauf, wie er gegen viele Widerstände schon vor Jahren die Hauptwasserquelle seiner Gemeinde in deren Besitz gebracht habe, um ihre Übertragung in Privatbesitz zu verhindern. Obwohl Österreich noch in der glücklichen Lage sei, über ausreichend hochwertiges Trinkwasser zu verfügen, dürfe man gerade angesichts des Klimawandels und folglich vermehrter Trockenperioden nicht vergessen, dass



„Trinkwasser nicht selbstverständlich“ ist. Bei einer Bundesratsenquete am 8. Mai 2019 werde man Herausforderungen und Maßnahmen zum Erhalt sauberen Wassers diskutieren, nach dem Motto: Wasser – die Quelle der Zukunft.

ZUKUNFTSKAMMER BUNDESRAT ÖFFENTLICH POSITIONIEREN

Die Länderkammer ist für Bundesratspräsident Ingo Appé gleichzeitig auch „Zukunftskammer und Europakammer“, setze sie doch zukunftsweisende Themen, die von der Regierung aufgegriffen werden, und wirke maßgeblich an der EU-Gesetzgebung mit. Er spielte damit auf die aktive Interessenvertretung der Länder durch den EU-Ausschuss des Bundesrates an.

In der öffentlichen Wahrnehmung müsse der Bundesrat allerdings noch besser positioniert wer-

den, räumte Appé ein. Dementsprechend liege ihm viel daran, der zweiten Kammer als „Brücke zwischen den Ländern und dem Bund“ in der

Der Bundesrat als Brücke zwischen den Ländern und dem Bund.

Ingo Appé

Öffentlichkeit jene Wertschätzung zukommen zu lassen, die sie verdient. So trage die doppelte Beratung von Gesetzesvorschlägen in beiden Parlamentskammern dazu bei, wohlüberlegte und konsensfähige Beschlüsse zu erzielen, hob der Bundesratspräsident hervor.



WASSER IST FÜR ALLE DA TRINKWASSERSCHUTZ HAT VORRANG

Der Bundesratspräsident lud am 13. März 2019 zur Auftaktveranstaltung seines Schwerpunkts Trinkwasser schützen und sichern und diskutierte die wichtige Thematik mit Expertinnen und Experten.

Trinkwasser schützen und sichern – diesen Schwerpunkt verfolgte Ingo Appé während seiner Bundesratspräsidentschaft. Am 13. März lud er zur Auftaktveranstaltung Trinkwasser und Klimawandel ins Parlament. Er unterstrich, dass vor dem Hintergrund des Klimawandels die Trinkwasserversorgung nachhaltig gestaltet werden müsse und nicht privatisiert werden dürfe. Impulsreferate kamen von Michael Staudinger, dem Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), und Franz Dinobl, dem Präsidenten der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW). Sie beleuchteten die Auswirkungen des Klimawandels auf die österreichische Trinkwasserversorgung.

NACHHALTIGE TRINKWASSERVERSORGUNG ZU SOZIAL GERECHTEN PREISEN

„783 Millionen Menschen haben laut Unicef-Angaben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser“, sagte Bundesratspräsident Ingo Appé in seinem Eingangsstatement. Dies liege allerdings nicht immer am Wassermangel, sondern vielmehr an der Privatisierung der Wasserversorgung – und das nicht nur in Ländern Afrikas. Weltweit würde die Ressource Wasser zunehmend privatisiert, kritisierte der Bundesratspräsident. „Trinkwasserversorgung als wesentliches Element der Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung darf in Österreich nicht zur Handelsware degradiert werden. Wasser muss öffentliches Gut bleiben.“ Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels gelte es, dieses Gut zu schützen. Schließlich hängen Appé zufolge drei Viertel aller Naturkatastrophen direkt oder indirekt mit Wasser und Klima zusammen. In Regionen, die jetzt schon mit Trockenheit zu kämpfen haben, werde es künftig noch häufiger zu Engpässen kommen und Extremniederschläge werden Auswirkungen auf das

Grundwasser haben, befürchtete Bundesratspräsident Appé. Es gelte daher, sich auf diese Situationen einzustellen und Gemeinden, Wassergenossenschaften und Verbände zu stärken, um „die Nachhaltigkeit der Trinkwasserversorgung zu sozial gerechten Preisen gewährleisten zu können“.

TRANSFORMATION VON POLITIK, WIRTSCHAFT UND KONSUMENT_INNEN

Michael Staudinger, Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), erläuterte vor allem die Entwicklung des Klimas weltweit und in Österreich. Der Klimawandel sei ein elementarer Parameter für die Wasserversorgung, auf die insbesondere die steigenden Temperaturen Einfluss haben. Neben länger werdenden Trockenperioden speichert warme Luft auch mehr Feuchtigkeit, was häufigere und stärkere Extremniederschläge nach sich zieht, wodurch sich Hochwasser häufen können. Um beim Klimawandel eine Umkehr zu erreichen, sei eine Transformation von Politik, Wirtschaft und KonsumentInnen gleichermaßen erforderlich. Dies beinhalte einen sorgsameren Umgang mit natürlichen Ressourcen ohne einer Verschlechterung der Lebensstandards. Alternativen wie einer Marsbesiedelung oder abschirmenden Partikeln in der Atmosphäre konnte Staudinger wenig abgewinnen. Vielmehr sah er in der Forstwirtschaft einen wichtigen Faktor. Bäume seien ein guter CO₂-Speicher und das Holz ließe sich auch wirtschaftlich gut einsetzen.

TRINKWASSERVERSORGUNG MUSS IN ÖSTERREICH VORRANG HABEN

Franz Dinobl, der Präsident der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW), ging vor allem auf die Situation der Wasserversorgung in Österreich ein. Diese sei im internationalen Vergleich

sehr gut und müsse geschützt werden. Da unterschiedliche Bereiche wie Trinkwasserversorgung und Landwirtschaft oder Haushaltschemikalien oft in einem Spannungsfeld stünden, seien ausgewogene Maßnahmen zum Schutz des Wassers erforderlich.

Insbesondere eine Koexistenz zwischen Trinkwasser und Landwirtschaft sei schwer herbeizuführen, aber durch intelligente Maßnahmen ließen sich auch hier unter anderem einzelne Düngedurchgänge einsparen, führte Dinhobl beispielhaft ins Treffen. Es brauche Prioritäten, welche Bereiche bei Wasserknappheit Vorrang über das vorhandene Wasser erhalten, lautete Dinhobls Vorschlag, wobei er die Trinkwasserversorgung als am wichtigsten ansah. Weiters müsse es gelten, nicht nur große, sondern auch kleine Wasserversorger zu unterstützen. In diesem Zusammenhang übte Dinhobl Kritik an der EU-Trinkwasserrichtlinie, die regelmäßige Überprüfungen für alle Trinkwasseranlagen vorsieht. Dies sei insbesondere für kleine Anlagen sehr aufwendig.

UNTERSCHIEDLICHE SCHWERPUNKTE

Als „überbordend“ bezeichnete der niederösterreichische ÖVP-Bundesrat Karl Bader die EU-Richtlinie. Er sprach neben den Bundesrätinnen Korinna Schumann (SPÖ) und Monika Mühlwerth (FPÖ) als Vertreter der Länderkammer bei der Veranstaltung. Für Bader stellen die steigenden Temperaturen vor allem kleinere Wasserversorger vor große Herausforderungen. Als Bürgermeister rufe er die EinwohnerInnen seiner Gemeinde vor dem Sommer dazu auf, dass sie die Füllung ihrer Swimmingpools anmelden, um Verbrauchsspitzen abschätzen zu können. Außerdem

von oben nach unten: BundesrätInnen
Karl Bader, Korinna Schumann
und Monika Mühlwerth

Fotos © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



setze er auf Kooperationen mit Nachbargemeinden, um bei Wassermangel Aushilfen herzustellen.

Für die Wiener Bundesrätin der SPÖ, Korinna Schumann, sind die Erhaltung eines guten örtlichen Leistungssystems und eine ständige Überprüfung der Wasserqualität wichtige Faktoren für eine gute Wasserversorgung. Zudem sei ein ausreichender Grundwasserschutz vor Pestiziden und Chemikalien wichtig, was sich in einer Kombination aus langer Trockenheit und intensiver Landwirtschaft besonders schwierig gestaltet. Daher braucht es für die SPÖ-Bundesrätin eine landesweite transparente Pestizidaufzeichnung. Wie auch Schumann strich die Wiener FPÖ-Bundesrätin Monika Mühlwerth die

Wasserversorgung in Wien positiv hervor. Sie ging unter anderem auf Bewusstseinsbildung beim indirekten Wasserverbrauch ein. Man müsse das Bewusstsein der KonsumentInnen schärfen, wie viel Wasser es für die Herstellung von Produkten wie Kaffee, Kleidung oder Autos braucht. Mühlwerth gab auch zu bedenken, dass die zunehmende Oberflächenversiegelung insbesondere in Städten problematisch sei. Schließlich trage jeder fehlende Baum zu höheren Temperaturen bei. Wie Bader zuvor übte auch sie Kritik an überbordenden EU-Vorgaben in diesem Bereich.

Zuversichtlich gaben sich die drei BundesrätInnen darin, im Bereich der Trinkwasserversorgung fraktionsübergreifend Lösungen finden zu können.

v. li.: Präsident der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach Franz Dinobbl, Bundesratspräsident Ingo Appé und der Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik Michael Staudinger
Fotos © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner





BUNDESRATSENQUETE

ZUM THEMA TRINKWASSERSCHUTZ

Das Recht der Menschen auf freien Zugang zu sauberem Trinkwasser müsse unbedingt gewahrt bleiben, und zwar auch für die kommenden Generationen, lautet das Credo von Bundesratspräsident Ingo Appé, der während seiner Präsidentschaft auch eine eigene Enquete zu diesem Thema abhalten ließ.

Der Schutz und die Sicherung der Wasserressourcen müsse im Sinne der nächsten Generationen oberste Priorität haben, unterstrich Bundesratspräsident Ingo Appé in seinem Einleitungsstatement. In Österreich sei man es gewohnt, den Wasserhahn aufzudrehen und zu jeder Tages- und Nachtzeit über sauberes Wasser

„Unsere Kinder zeigen uns weltweit jeden Freitag, dass es bereits mehr als fünf vor zwölf ist.“

Ingo Appé

zu verfügen. Viele Menschen hätten jedoch nicht diese Möglichkeit, gab Appé zu bedenken, laut UNO-Bericht haben mehr als zwei Milliarden keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, obwohl die Vorkommen theoretisch für alle reichen müssten. Gleichzeitig steige die globale Nachfrage nach Wasser pro Jahr um etwa 1 Prozent. Diese Tendenz werde sich aufgrund des Bevölkerungswachstums, der wirtschaftlichen Entwicklung, des veränderten Konsumverhaltens und des Klimawandels noch weiter fortsetzen. Eine Folge davon sei, dass das Geschäft mit Wasser boome und immer lukrativer werde.

RECHT AUF TRINKWASSER

Wie wichtig Wasser ist, haben die Vereinten Nationen bereits im Jahr 2010 erkannt, als das

Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser als Menschenrecht anerkannt wurde. Dieses sei jedoch nicht einklagbar, zeigte Appé auf. Außerdem sei seiner Ansicht nach der Zugang zu Wasser durch Freihandelsverträge wie Ceta gefährdet, weil damit private Investoren Zugang zu dieser wichtigen Ressource bekommen würden. Die Trinkwasserversorgung sei aber ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge und dürfe nicht zur Handelsware degradiert werden.

Unser Ziel sollte es sein, Wasser als öffentliches Gut zu deklarieren und in den Verfassungsrang zu erheben, schlug Appé vor. Er sah auch die Europäische Union gefordert, bilaterale Lösungen zu finden, wenn es etwa um unterirdische Quellvorkommen geht, die keine Grenzen kennen.

KLIMAWANDEL FORDERT REAKTION

Reagieren müssten die Staaten auch auf den Klimawandel, dessen Folgen den Menschen immer eindrucksvoller vor Augen geführt würden, so der Bundesratspräsident. So hingen bereits drei Viertel aller Naturkatastrophen direkt oder indirekt mit Wasser und Klimaveränderung zusammen.

Aus diesem Grund müssten auch die Gemeinden und Wasserversorgungsgenossenschaften gestärkt werden, um eine nachhaltige und sozial gerechte Wasserversorgung gewährleisten zu können. Außerdem sei es unbedingt erforderlich, das Förderwesen einfacher und attraktiver zu gestalten. „Unsere Kinder zeigen uns weltweit jeden Freitag, dass es bereits mehr als fünf vor zwölf ist“, stellte Appé fest. Er hoffe, dass auch der Bundesrat seine Rolle als parlamentarische Zukunftskammer wahrnimmt und wichtige Beiträge zur Trinkwasserdebatte beisteuert.



**Bundesratspräsident Ingo Appé mit Teilnehmern
der Bundesratsenquete**

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen





STERREICH

EFFIZIENTE UND AKTIVE SUBSIDIARITÄT

Bundesratspräsident Ingo Appé nahm am 28. und 29. Jänner 2019 an der Europakonferenz der deutschsprachigen Landesparlamente in Brüssel teil, an deren Ende die sogenannte Brüsseler Erklärung verabschiedet wurde.

Die Europakonferenz der deutschsprachigen Landesparlamente stand unter der Leitung der Landtagspräsidentin Bayerns Ilse Aigner und dem Ersten Präsidenten des Wiener Landtages Ernst Woller. Vonseiten des österreichischen Parlaments nahm Bundesratspräsident Ingo Appé an der Konferenz teil und nützte den Termin zum regen Austausch mit den Präsidentinnen und Präsidenten der österreichischen und deutschen Landesparlamente.

Zum Abschluss der zweitägigen Europakonferenz in Brüssel verabschiedeten die teilnehmenden

Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtags, des Deutschen Bundestags und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens die Brüsseler Erklärung und riefen gemeinsam zur Teilnahme an den Europawahlen am 26. Mai 2019 auf.

MEHR MITSPRACHE DER LÄNDER IN EUROPA

In der Brüsseler Erklärung 2019 wird Stellung zum Abschlussbericht der Taskforce Subsidiarität

© Bayerische Vertretung in Brüssel/Foto: Vivian Hertz





© Bayerische Vertretung in Brüssel/Foto: Vivian Hertz

sowie zu den daraus resultierenden beabsichtigten Maßnahmen der Kommission bezogen. Die Präsidentinnen und Präsidenten bekräftigen, dass die Subsidiarität und damit die Mitbestimmung bei europäischen Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozessen für lokale und regionale Gebietskörperschaften ein tragendes Prinzip für ein zukunftsfähiges Europa darstellen. Sie würdigen den Einsatz von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der die Regionalparlamente noch stärker in die europäische Gesetzgebung einbinden möchte.

Die Präsidentinnen und Präsidenten fordern für eine effizientere und aktivere Subsidiarität die Einrichtung eines direkten politischen Dialogs zwischen den Regionen und der Europäischen Union. Die Möglichkeit für einen Dialog mit dem Kommissionspräsidenten ergab sich für die deutschen und österreichischen Präsidentinnen und Präsidenten bei einem gemeinsamen Abendessen im Rahmen der Konferenz.

AUFRUF ZUR EUROPAWAHL

Die LandesvertreterInnen riefen bei ihrem Treffen auch zur Teilnahme an der Europawahl auf. Verstärkt sollten die Länder ihre Bürgerinnen und Bürger aufrufen, Ende Mai wählen zu gehen.

LEISTBARES WOHNEN IN EUROPA

Im Verbindungsbüro Brüssel der Stadt Wien widmete sich die Gruppe der Präsidentinnen und Präsidenten dem Thema leistbares Wohnen. Bereits im Juni 2016 beschloss der Rat der EU die Schaffung einer Städtischen Agenda für die Europäische Union. Damit wurde dem Wunsch nachgegangen, Städte stärker in die EU-Entscheidungen einzubinden. Wohnen war eines der ersten Themen, die in Partnerschaft bearbeitet wurden. In den drei Jahren wurde die generelle Wohnsituation in Europas Städten und Ländern analysiert. Die Städtepartnerschaft Wohnen präsentierte schließlich einen Maßnahmenkatalog für leistbares Wohnen.

BUNDESRATSPRÄSIDENT INGO APPÉ TRAF EU-BOTSCHAFTER NIKOLAUS MARSCHIK

Im Rahmen der Konferenz nützte Präsident Ingo Appé die Gelegenheit, um sich mit Eu-Vertreter Nikolaus Marschik auszutauschen. Dabei wurde das Schwerpunktthema seiner Präsidentschaft in der Länderkammer, Schutz des Trinkwassers, vorgestellt. Vonseiten des Botschafters wurde dem Präsidenten bei diesem wichtigen Thema vollste Unterstützung zugesagt. In einem weiteren Schritt werden Anknüpfungspunkte zwischen Österreich und Brüssel zu diesem Themenbereich gesucht.

BUNDESRATSPRÄSIDENT ZU GAST IN SLOWENIEN

Gemeinsam mit dem Kärntner Landesrat Daniel Fellner besuchte Bundesratspräsident Ingo Appé das slowenische Parlament, wo er den Parlamentspräsidenten sowie den Präsidenten der zweiten Kammer traf. Auf dem Programm stand zudem ein Arbeitsgespräch mit Abgeordneten.

Der Präsident des Bundesrates Ingo Appé besuchte in Begleitung des Kärntner Landesrats Daniel Fellner das slowenische Parlament. Er wurde von Parlamentspräsident Dejan Židan herzlich willkommen geheißen und anschließend zu einem Arbeitsgespräch mit Abgeordneten gebeten. Am Ende des eintägigen Besuchs gab es für Appé auch noch die Möglichkeit, sich mit dem Präsidenten der zweiten slowenischen Parlamentskammer Alojz Kovšca zu unterhalten.

Die österreichische Delegation wollte die Reise nützen, um von Slowenien zu lernen. Schließlich war Slowenien eines der ersten Länder, die in der Europäischen Union das Recht auf Wasser in den Verfassungsrang erheben haben. Trinkwasser schützen und sichern war auch der Schwerpunkt der Bundesratspräsidentschaft von Appé. Gemeinsam mit Landesrat Fellner, der in Kärnten schon an einer Wassercharta arbeitet, ist es sein Bestreben, Trinkwasser auch in Österreich den Schutz zu gewährleisten, den es verdient. „Wasser in den Verfassungsrang zu erheben wäre auch in Österreich ein Schritt, um das Trinkwasser in bester Qualität für die nachfolgenden Generationen zu sichern“, so Appé.

KEINE PRIVATISIERUNG DES WASSERS TRINKWASSER IN VERFASSUNGSRANG

Ausschlaggebend für Slowenien, Wasser in den Verfassungsrang zu erheben, war die Beobachtung, wie die Wasserversorgung in anderen Ländern geregelt ist. Die dafür gegründete Fachgruppe stellte fest, dass sich die Qualität des Wassers vor allem in Ländern, in denen die Wasserversorgung privatisiert wurde, zunehmend verschlechterte. Da Slowenien Wasser in den Verfassungsrang erhoben hat, ist die Versorgung Aufgabe des Staates und kann somit nicht mehr priva-

tisiert werden. Der Staat gewährleistet die Versorgung der Bevölkerung, indem er die Gemeinden beauftragt. Präsident Židan interessierte sich vor allem auch dafür, wie Kärnten mit dem Verbot von Glyphosat umgeht, denn auch in Slowenien befände man sich in einer Übergangsperiode und würde im landwirtschaftlichen Bereich den Einsatz schädlicher Stoffe verbieten. Er bedankte sich bei Österreich auch für die Unterstützung des World Bee Day, der seit 2018 auf Initiative Sloweniens im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen jährlich am 20. Mai stattfindet.

„Wir können auf die Erfahrungen Sloweniens zurückgreifen und in Kärnten mit der Wassercharta das Trinkwasser in den Verfassungsrang erheben, mit der Option, dies auf ganz Österreich auszuweiten.“

Ingo Appé

Beim anschließenden Gespräch mit Appés Amtskollegen Alojz Kovšca wurde vor allem die gute Kooperation und Beziehung der beiden Länder besprochen. Präsident Appé pflegt als Bürgermeister



der Stadtgemeinde Ferlach bereits seit 25 Jahren eine Städtepartnerschaft zu Tržič. Diese Freundschaft wird auch jedes Jahr beim EU-Kirchtag am alten Loiblpass beim Tanz ohne Grenzen gefeiert. Einig zeigten sich beide Seiten auch über die Wichtigkeit der zweiten Parlamentskammer, die aber leider nicht immer so wahrgenommen werde.

UMWELTSCHUTZ & BILATERALE KOOPERATION

Präsident Kovšca sah die Europäische Union gefordert, Rahmenbedingungen innerhalb der EU zu schaffen, damit Business- und Industriestandorte in Ländern bestehen können, ohne der Umwelt zu schaden. Hier könne die EU auf die Erfahrungen von Slowenien und Österreich zurückgreifen, die in diesen Bereichen bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt hätten, so der slowenische Staatsratspräsident.

Appé und Fellner konnten gute Gespräche führen und viele Informationen mitnehmen. „Wir können auf die Erfahrungen Sloweniens zurückgreifen und in Kärnten mit der Wassercharta das Trinkwasser in den Verfassungsrang erheben, mit der Option, dies auf ganz Österreich auszuweiten“, zeigte sich der Bundesratspräsident optimistisch. Beide Präsidenten stimmten überein, dass durch Kooperationen und regelmäßigen Austausch Länder gemeinsame Lösungen für bevorstehende Herausforderungen finden und der EU als Best-Practice-Beispiel dienen können.



Bundesratspräsident Ingo Appé mit dem slowenischen Parlamentspräsidenten Dejan Židan
© Parlamentsdirektion/Tanja Lederer-Wenzel

v. li.: Österreichische Botschafterin in Slowenien Sigrid Berka, Bundesratspräsident Ingo Appé, Präsident des Slowenischen Staatsrates Alojz Kovšca, Kärntner Landesrat Daniel Fellner
© Parlamentsdirektion/Tanja Lederer-Wenzel



KÄRNTENABEND IM PARLAMENT

Anlässlich der Vorsitzübernahme des Bundeslandes Kärnten lud Bundesratspräsident Ingo Appé gemeinsam mit dem Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser zu einem Abend im Zeichen des Bundeslandes Kärnten im Parlament ein.

Aus Anlass des Vorsitzes im Bundesrat, den Kärnten mit 1. Jänner übernommen hat, luden Bundesratspräsident Ingo Appé und Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser in die Wiener Hofburg zum Kärntenabend ein. Veranstaltet wurde der gesellige Abend im Dachfoyer in der Hofburg, die während der Umbauarbeiten des Parlaments als Ausweichquartier dient.

*„Kärnten verfügt über
einen Kulturreichtum,
der vor allem durch
das Engagement und
Ehrenamt von Menschen
geschaffen wird.“*

Ingo Appé

Dabei präsentierte sich Kärnten kulturell, touristisch und kulinarisch von seiner besten Seite. Für Kärntner Klänge sorgten der Stadtchor Ferlach und die St. Margaretner Buam. Aber was wäre ein Kärntner Abend ohne Kärntner? So nahmen zahlreiche Gäste den Weg über die Pack nach Wien, um mit Ingo Appé gemeinsam zu feiern. Auch eine Abordnung der Ferlacher Goldhaubenfrauen reiste zum Kärntenabend an und präsentierte ihre glänzende Tracht. „Kärnten verfügt über einen Kulturreichtum, der vor allem durch das Engagement und Ehrenamt von Menschen geschaffen wird. Das gesamte Spektrum hier zu zeigen, würde diesen Abend sprengen“, so Ingo Appé. Mit seinem Themenschwerpunkt

Trinkwasserschutz und -sicherung will Appé gemeinsam mit dem Land Kärnten einen nachhaltigen Beitrag in Österreich leisten. Als Vorbild könnte hier Slowenien fungieren, wo Trinkwasser bereits in den Verfassungsrang erhoben wurde.

GEMEINSAM FÜR ÖSTERREICH – MITEINANDER FÜR EUROPA

Landeshauptmann Peter Kaiser ging in seiner Rede auf das Motto seines Vorsitzes in der LH-Konferenz ein; Gemeinsam für Österreich – Miteinander für Europa. Europa stehe vor Herausforderungen wie Klimawandel oder Protektionismus. Gemeinsam und Miteinander müsse in den Mittelpunkt des politischen Handelns gestellt werden, so Kaiser.

Kulinarisch wurden die Gäste mit Kärntner Spezialitäten wie Kirchtagssuppe, Kärntner Jause und dem traditionellen Kärntner Reindling vom Ferlacher Gastwirt Walter Bergmann verwöhnt.

Unter den Gästen befanden sich unter anderem die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, die beiden Kärntner LandesrätInnen Daniel Fellner und Sara Schaar, Landtagspräsident Reinhart Rohr und zahlreiche ehemalige PräsidentInnen des Bundesrates wie Ana Blatnik, Josef Pfeifer, Edgar Mayer, Mario Lindner und Inge Posch-Gruska. Zudem waren viele Angehörige des Kärntner Landtages, des National- und des Bundesrates vertreten.





Zahlreiche ehemalige Präsidentinnen und Präsidenten folgten der Einladung (v. li.): Landeshauptmann Peter Kaiser, ehemalige PräsidentInnen Herwig Hösele, Alfred Schöls, Josef Saller, Edgar Mayer, Mario Lindner, Inge Posch-Gruska, Ana Blatnik und der aktuell amtierende Präsident Ingo Appé

Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf



FÜR ÖSTERREICH, FÜR EUROPA

PETER KAISER IM BUNDES RAT

Mit einer Erklärung des Kärntner Landeshauptmanns Peter Kaiser, die unter dem Motto: Gemeinsam für Österreich – Miteinander für Europa stand, startete am 14. Februar 2019 der Bundesrat seine Beratungen.

Niemand wisse wohl besser als Kärnten, dass schwierige Situationen nur gemeinsam gemeistert werden können, spielte er auf die erfolgreiche Bewältigung des Hypo-Debakels an.

Die auf der Agenda stehende Ökostromnovelle sei ein aktuelles Beispiel dafür, warum Gespräche auf Augenhöhe vor einer Beschlussfassung einer wichtigen Materie der bessere und der zielführendere Weg gewesen wären. Er hoffe, dass daraus die richtigen Lehren gezogen werden und im Interesse Österreichs rasch eine breit getragene Lösung gefunden wird. Überdies legte Kaiser ein klares Bekenntnis zu Europa ab, das angesichts der globalen Situation noch stärker auftreten müsse.

KRITIK AN SOZIALPOLITIK

Landeshauptmann Peter Kaiser erinnerte zunächst an seine erste Rede vor dem Bundesrat im Jahr 2014, als sich Kärnten in keiner einfachen Situation befunden habe. Nur durch das gemeinsame Zusammenstehen aller im Landtag vertretenen Parteien, des Nationalrates, des Bundesrates und der Bundesregierung sei es gelungen, diese schwierige Phase zu bewältigen. Dafür bedankte er sich im Namen des Bundeslands Kärnten ausdrücklich.

In Fortsetzung dessen habe er mit Bundesratspräsident Ingo Appé nun das Motto: Gemeinsam für Österreich – Miteinander für Europa, gewählt. Es ziele darauf ab, dass Politik immer nur in engster Abstimmung mit der Bevölkerung und auf Basis einer guten Gesprächsebene zwischen allen Parteien stattfinden könne. So wie es in Österreich und in Kärnten zwischen den

Bundesländern und den Gemeinden eine gute Zusammenarbeit gebe, so müsse auch auf europäischer Ebene agiert werden, zeigte sich Kaiser überzeugt. Miteinander reden, verhandeln, diskutieren, einbinden – das seien die elementaren Bestandteile einer Politik, die reüssieren könne. Gerade als Vertreter des Bundeslandes Kärnten, das schwierige Zeiten erlebt habe, könne er nur einmal mehr appellieren, den auf Zusammenarbeit zwischen allen politischen Ebenen basierenden Weg auch in Zukunft zu beschreiten.

Daran anknüpfend wolle er aber auch ein Plädoyer für das Prinzip der Gewaltentrennung aussprechen – die Exekutive habe das zu vollziehen, was die Legislative entscheidet. So hätte sich Kaiser etwa bei den Verhandlungen über die 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung gewünscht, dass die VertreterInnen aller Bundesländer von Anfang an eingebunden worden wären.

UndgeradebeiderDebatteüberdieÖkostromnovelle, bei der der Bundesrat seine Bedeutung und Stärke beweisen könne, zeige sich anschaulich, warum das Miteinander so wichtig sei. Das gelte nicht nur für die österreichische, sondern auch für die europäische Ebene, merkte Kaiser unter Hinweis auf die Brexitverhandlungen an. In enger Abstimmung mit Minister Blümel habe man sich auf eine außerordentliche Landeshauptleutekonferenz verständigt, um ein einheitliches Auftreten Österreichs in dieser Frage zu ermöglichen. Es müsse auch das gemeinsame Ziel der Länder und der Bundesregierung sein, dass es im Zuge der Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen zu keinen Kürzungen im Bereich der Kohäsionspolitik und der Regionalförderungen kommt.



**„ES GEHT MIR NICHT BESSER,
WENN ES ANDEREN SCHLECHTER GEHT“**

Wenn man sich generell die Entwicklungen in der Gesellschaft genauer anschaut, dann sei ein immer stärker werdendes Empathiedefizit festzustellen, urteilte Landeshauptmann Kaiser. Dies sei leider auch in politischen Debatten zu beobachten, wenn es etwa um soziale Maßnahmen geht. „Es geht mir nicht besser, wenn es anderen schlechter geht“, unterstrich Kaiser, für den die Prämisse Rechtsanspruch statt Almosen im Vordergrund steht. Das österreichische Gesundheitssystem müsse auch in Zukunft für alle Menschen den gleichen Zugang zu den gleichen Leistungen anbieten. Außerdem dürfe es durch die – sehr unterschiedlich bewertete – Sozialversicherungsreform zu keinen Benachteiligungen für die Länder kommen. Weiters kam Kaiser auf die Hospiz- und Palliativmedizin zu sprechen, bei der es dringend eine nachhaltige Regelung brauche.

Als einen weiteren Bereich, in dem gemeinsames Agieren erforderlich sei, nannte Kaiser den Kampf gegen Hass im Netz. In enger Zusammenarbeit mit Justizminister Moser überlege man sich weitere Schritte, die bei der nächsten Landeshauptleutekonferenz erörtert werden. Es dürfe in diesem Bereich keine Straffreiheit geduldet werden; niemand soll sich in der Anonymität des Internets verstecken können, denn von der Gewalt der Worte sei es nur ein kleiner Schritt zur Gewalt der Taten; und davon sei Österreich in jüngster Zeit besonders betroffen. Gemeinsam mit Bundesratspräsident Ingo Appé wolle er den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz nutzen, um Lösungen für aktuelle und zukünftige Fragen, wie etwa den Schutz des Wassers, zu finden. Wenn es um das Wohl der Menschen geht, könne es Bundesländern sogar gelingen, EU-Rechtsprechung zu konterkarieren, wie das Beispiel Glyphosat zeige.



v. re.: Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser und Bundesratspräsident Ingo Appé
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

BUNDESRATSPRÄSIDENT INGO APPÉ ZU GAST IN KÄRNTEN



Bezirkshauptmann von Hermagor Heinz Pansi und Bundesratspräsident Ingo Appé



Kinderrechte-Ausschuss des Bundesrates zu Besuch im Jugendzentrum Ferlach



Villachs Bürgermeister Günther Albel, Bundesratspräsident Ingo Appé, Vizebürgermeisterin Pera Oberrauer und Magistratsdirektor Hans Meinhart

ORF-Direktorin Karin Bernhard und Bundesratspräsident Ingo Appé





Schulklasse der EUREGIO HTBLVA Ferlach zu Gast bei Ingo Appé in der Hofburg



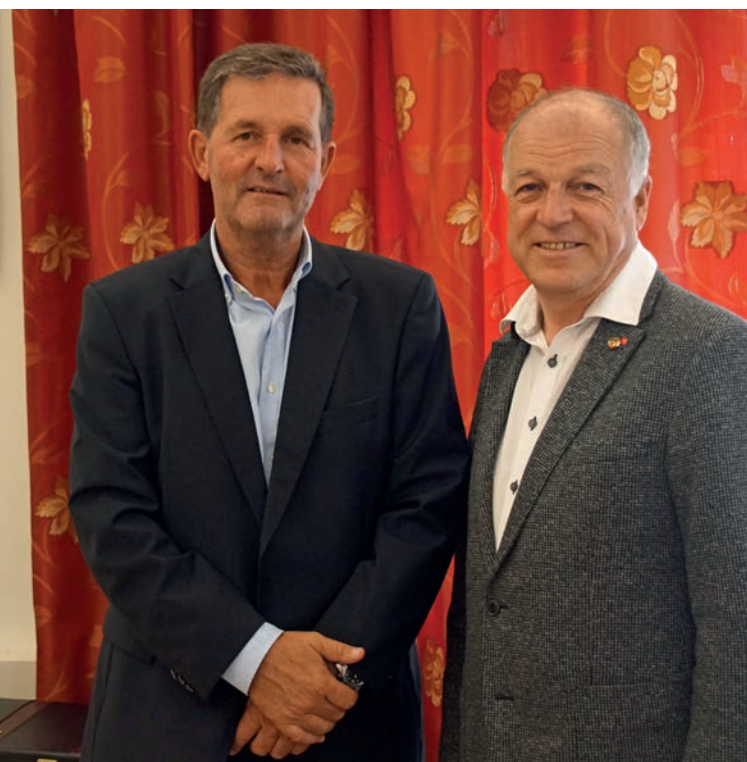
Bezirkshauptfrau St. Veit Claudia Egger-Grillitsch und Bundesratspräsident Ingo Appé



Bezirkshauptmann Klagenfurt-Land Johannes Leitner und Bundesratspräsident Ingo Appé



Landespolizeidirektor-Stv. Wolfgang Rauchegger, Landespolizeidirektorin Michaela Kohlweiß, Bundesratspräsident Ingo Appé, Landespolizeidirektor-Stv. Markus Plazer



Bezirkshauptmann Spittal an der Drau Klaus Brandner und Bundesratspräsident Ingo Appé



Bundesratspräsident Ingo Appé in der Firma Borovnik
Alle Fotos © Parlamentsdirektion/Tanja Lederer-Wenzel

„Demokratie ist ohne offene Gespräche nicht möglich. Wir müssen reden. Und wir müssen streiten. Aber wir müssen vor allem eines, wir müssen zuhören. Denn erst, wenn wir zuhören und Meinungen respektieren, können wir einen Dialog führen. Wir brauchen öffentliche Debatten, die auch Menschen einbeziehen. Das politische System entwickelt sich weiter. Bürgerinnen und Bürger wollen mitwirken. Sie wollen gehört und einbezogen werden. Diese Partizipation muss frühzeitig stattfinden, dann können konstruktive Ideen eingebracht werden.“

Ingo Appé

Arena Analyse

Konstruktive Politik

Walter Osztoivics
Andreas Kovar

DIE DEMOKRATIE LEBT VOM WETTBEWERB DER IDEEN

Auf Einladung von Bundesratspräsident Ingo Appé wurde die „Arena Analyse 2019 – Konstruktive Politik“ am 27. Februar 2019 im Parlament präsentiert. Die jährlich erscheinende Publikation hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren.

Die Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen und von der Konkurrenz der AkteurInnen. Doch über diese institutionalisierte Konfliktaustragung hinaus sind auch Instrumente nötig, die konstruktive Politik möglich machen. So lautete eine Kernaussage der „Arena Analyse 2019 – Konstruktive Politik“, die auf Einladung von Bundesratspräsident Ingo Appé im Plenarsaal in der Hofburg vorgestellt wurde.

„Demokratie besteht nicht immer darin, dass sich alle einig sind. Sondern sie ist darauf ausgerichtet, dass hier Konflikte ausgetragen werden. Demokratie geht davon aus, dass Parteien alternative Konzepte vorlegen.“

Walter Osztovics

„In einer Zeit, wo Populismus auch in Europa Einzug hält und eine Welle aus Wut, Empörung und Angst verbreitet, ist konstruktive Politik gefragt denn je. Der Dialog mit Menschen anderer Meinung ist zentraler Bestandteil einer Demokratie. Dass Argumentieren und konstruktives Streiten die besten Mittel sind, um Konflikte zu lösen und unterschiedliche Überzeugungen und Wertvorstellungen zu

koordinieren, ist unumstritten. Andere Meinungen müssen ernst genommen, respektiert und reflektiert werden“, erörterte Appé in seiner Begrüßungsrede.

„Demokratie ist ohne offene Gespräche nicht möglich. Wir müssen reden. Und wir müssen streiten. Aber wir müssen vor allem eines, wir müssen zuhören. Denn erst, wenn wir zuhören und Meinungen respektieren, können wir einen Dialog führen. Wir brauchen öffentliche Debatten, die auch Menschen einbeziehen. Das politische System entwickelt sich weiter. Bürgerinnen und Bürger wollen mitwirken. Sie wollen gehört und einbezogen werden. Diese Partizipation muss frühzeitig stattfinden, dann können konstruktive Ideen eingebracht werden.“ Mit zukunftsweisenden Themen schaffe es der Bundesrat, wichtige Themen innerhalb der Regierung zu thematisieren, betonte Appé.

WUNSCH NACH KONSTRUKTIVER POLITIK & PARTIZIPATION

Das Zusammenspiel der AkteurInnen in der Politik durchläuft gerade einen Wandel, heißt es in der Studie, die auf Beiträgen von 50 ExpertInnen beruht. Als Folge dieses Wandels werde auch das Verhältnis zwischen den AkteurInnen der Politik sowie den Bürgerinnen und Bürgern neu definiert.

„Demokratie besteht nicht immer darin, dass sich alle einig sind. Sondern sie ist darauf ausgerichtet, dass hier Konflikte ausgetragen werden. Demokratie geht davon aus, dass Parteien alternative Konzepte vorlegen“, berichtete Walter Osztovics (Geschäftsführer von Kovar & Partners) in seiner Präsentation der Studie. Zwei Trends stehen dabei im Mittelpunkt: Zum einen eben die konstruktive Politik – hier erten die StudienautorInnen sowohl einen Bedarf angesichts komplexer Herausforderungen als auch ein Bedürfnis



bei der Bevölkerung. Konstruktive Politik sei nötig zur Lösung von Problemen, die eine langfristige, über Wahlzyklen hinausreichende Arbeit erfordern. Sie solle zudem das Verhandeln von Interessenausgleich bei Konflikten ermöglichen, die in der Tagespolitik stets zu wechselseitigen Blockaden führten.

Der zweite große Trend betrifft die wachsende Forderung nach Partizipation. Bürgerinnen und Bürger wollen in der Politik stärker mitreden, und zwar schon bei der Ideenfindung, bei der Begutachtung von Vorschlägen, beim Ausarbeiten von Konzepten. Die Digitalisierung beschleunige diesen Wunsch, denn sie habe eine Kultur der Interaktivität hervorgebracht. Zugleich liefere die Digitalisierung auch mögliche Lösungen für die stärkere Einbindung der Citoyens: Neuartige Onlinetools machten Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung auch mit einer sehr großen Zahl von Teilnehmenden möglich, und sie geben genug Raum, um dort differenziert und überlegt Positionen darlegen und diskutieren zu können.

FAKTENBASIERTHEIT – KENNZEICHEN KONSTRUKTIVER POLITIK

Ein wesentliches Kennzeichen von konstruktiver Politik ist ihre Faktenbasiertheit. In einer Zeit, wo immer öfter politische Auseinandersetzungen mit „alternativen Fakten“ oder nicht überprüfbar behauptungen geführt werden, betont konstruktive Politik bewusst den Unterschied zwischen Fakten einerseits und den Folgerungen, die daraus gezogen werden, andererseits. Konstruktive Politik ist somit auch ein Gegenentwurf zu Bullshit-Politik – dieser

Begriff des amerikanischen Philosophen Harry G. Frankfurt bürgerte sich in den vergangenen Jahren für Formen der Politik ein, in denen Wahrheit und Unwahrheit bewusst verschleiert werden.

Erfolgreiche Beispiele für ein verändertes Zusammenspiel der politischen AkteurlInnen mit konstruktivem Ansatz hat der Bundesrat in den letzten Jahren geliefert: Viermal wurden umfassende Projekte für direkte Partizipation gestartet, die zum Teil auch online durchgeführt wurden und bei denen Lösungen für den richtigen Umgang mit Digitalisierung sowie zur Frage der Kinder- und Jugendhilfe gefunden werden konnten.

POLITISCHE INNOVATIONEN

Bei einer Podiumsdiskussion im Anschluss an die Präsentation der Studie sprachen Christiane Spiel (Bildungspsychologin an der Universität Wien), Edward Strasser (Innovation in Politics) sowie Joachim Riedl „Die Zeit“ über das Erstarken der Zivilgesellschaft und die neuen Möglichkeiten der Politikgestaltung, die sich daraus – sowohl für das parlamentarische Geschehen als auch für den außerparlamentarischen Raum – ergeben. Die Arena Analyse wird von Kovar & Partners seit 2006 jedes Jahr durchgeführt und hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren. Die Arena Analyse 2018, erstellt von Walter Osztovcics und Andreas Kovar, steht auf der Website von Kovar & Partners unter dem Link <https://www.publicaffairs.cc/arenaanalyse2018> als Download zur Verfügung.

v. re.: Edward Strasser (The Innovation in Politics Institute), Vizepräsident des Bundesrates Hubert Koller, Bundesratspräsident Ingo Appé, Christiane Spiel (Universität Wien), Walter Osztovcics und Andreas Kovar (Kovar & Partners)

© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



DER BUNDESRAT ALS BRÜCKE FÜR ZUSAMMENARBEIT DER LÄNDER

Im Rahmen seines Bundesratsvorsitzes stattete Bundesratspräsident Ingo Appé dem Land Tirol einen Besuch ab. Er traf mit Landeshauptmann Platter zusammen und unterstrich vor dem Tiroler Landtag, dass der Bundesrat die Brücke zwischen den Ländern und dem Bund sei.

Auf Einladung der Tiroler Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann sprach Bundesratspräsident Ingo Appé am 28. März im Tiroler Landtag. Thema seiner Rede war der Stellenwert des Bundesrates in Österreich, die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Ländern sowie der Themenschwerpunkt seiner Präsidentschaft, Sicherung und Schutz des Trinkwassers.

„Der Bundesrat ist die Brücke zwischen den Ländern und dem Bund, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bundesrat ist dabei unabdingbar“, so Appé am Anfang seiner Rede. In den Ausführungen zu seinem Schwerpunktthema ging Ingo Appé unter anderem auf die Herausforderungen bezüglich des Trinkwassers ein. EU-Richtlinien, Klimawandel, Verunreinigungen, Nutzungskonflikte u. v. m. waren Inhalt seiner Rede. Für den BR-Präsidenten ist sauberes Trinkwasser ein wesentlicher Faktor für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung. „Wasserverunreinigung und Wasserknappheit können erhebliche soziale und wirtschaftliche Kosten, aber auch zukünftige Konflikte verursachen“, gab sich Appé überzeugt.

ÖSTERREICHISCHE BEDÜRFNISSE BERÜCKSICHTIGEN

Auch das Wasser der Tiroler Alpen sei hiervon nicht verschont. Dies wurde dem Präsidenten auch vom Tiroler Landeshauptmann Günther Platter bei einem anschließenden Gespräch bestätigt. Tirol verfüge zwar noch über genügend Wasser, jedoch gebe es auch hier schon Bewässerungsprobleme.

Appé nutzte den Besuch in Tirol, um sich über die Arbeit der Tiroler Wasserversorger, der Innsbruck Kommunalbetrieb AG und der Wasser Tirol, zu

informieren. Dabei konnte er eine Bitte der Tiroler Wasserversorger mitnehmen: die EU-Richtlinien auf die österreichischen Bedürfnisse abzustimmen. Die gekippte EU-Wasserrichtlinie sah vor, statt einer Komplettüberprüfung pro Jahr insgesamt zehn durchführen zu lassen. Dies würde, obwohl in Österreich gar nicht benötigt, die Kosten verdreifachen.

„Der Bundesrat ist die Brücke zwischen den Ländern und dem Bund, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bundesrat ist dabei unabdingbar.“

Ingo Appé

PARLAMENTARISCHE ENQUETE ZUR ZUKUNFT DES WASSERS

Der Bundesratspräsident möchte die EU-Richtlinien, die Auswirkungen des Klimawandels und die zukünftigen Herausforderungen im Bereich Trinkwasser und Abwasser im Rahmen einer parlamentarischen Enquete mit Expertinnen und Experten diskutieren, um zukünftig die Nachhaltigkeit der Trinkwasserversorgung zu sozial gerechten Preisen gewährleisten zu können.



Bundesratspräsident Ingo Appé mit Landeshauptmann Günther Platter
© Parlamentsdirektion/Tanja Lederer-Wenzel



Bundesratspräsident Ingo Appé im Tiroler Landtag
© Landtagsdirektion Tirol

BEGRÜSSUNG UND ABSCHIED EMPFANG IM PALAIS EPSTEIN

Bundesratspräsident Appé lud Bundesrätinnen und Bundesräte am 9. April 2019 zu Abschieds- und Willkommensempfang in das Palais Epstein. Im Zuge der Feier wurde Bundesratspräsident a. D. Reinhard Todt mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern ausgezeichnet.



Bundesratspräsident Ingo Appé mit
Bundesratspräsident a. D. Reinhard Todt
Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Zu einem Abschieds- und Willkommensempfang lud Bundesratspräsident Ingo Appé, der die Vorsitzführung in der Länderkammer des Parlaments in der ersten Jahreshälfte 2019 innehatte, ins Palais Epstein.

Mit diesem Empfang verabschiedete Appé die aus dem Bundesrat ausgeschiedenen Mitglieder und begrüßte gleichzeitig die neu angelobten LändervertreterInnen.

In den letzten eineinhalb Jahren hätten nicht weniger als 34 Mitglieder des Bundesrates ihre Funktion gewechselt, unterstrich der Bundesratspräsident in seiner Begrüßungsrede. Er sei aber zuversichtlich, dass trotz dieser Fluktuation der bewährte Geist des Bundesrates, der durch Zusammenarbeit und das Bemühen um den Konsens geprägt sei, auch in Zukunft zu spüren sein werde.

HOHE EHRUNG FÜR REINHARD TODT

Einen besonderen Programmpunkt stellte die Ehrung von Bundesratspräsident a. D. Reinhard Todt dar, der mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet wurde. In seiner Laudatio würdigte Appé das politische Engagement des Geehrten und dankte ihm für dessen langjährige Tätigkeit für die Länderkammer. Todt war von 2001 bis Jahresende 2018 Mitglied des Bundesrates. In diesen Jahren hatte er zweimal als Vertreter des Bundeslands Wien das Amt des Bundesratspräsidenten inne und fungierte auch als Vizepräsident. Seit 2013 war er zudem Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ. Dank seiner langjährigen Erfahrung sei es Todt gelungen, besonders Akzente in der Arbeit des Bundesrates zu setzen, hob Appé hervor. Ein besonderes Anliegen sei ihm vor allem das Thema digitale Zukunft gewesen.



STARKES ZEICHEN GEGEN DAS VERGESSEN

Am 3. Mai 2019 beging das Parlament den Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. In seiner Begrüßungsansprache rief Bundesratspräsident Appé dazu auf, die Demokratie gegen Populismus und den Missbrauch von Worten zu verteidigen.

In seiner Begrüßungsansprache zum Gedenktag erinnerte der Bundesratspräsident an die Geschichte des Loibltunnels, der in der Nähe seiner Heimatgemeinde Ferlach liegt. Der Bau begann im April 1943, wobei ab Juni 1943 rund 1.800 Häftlinge einer Außenstelle des Konzentrationslagers Mauthausen als Sklavenarbeiter eingesetzt wurden. Am 7. Mai 1945 wurden auch am Loibl die Gefangenen befreit. Lange Zeit habe es sich um ein „vergessenes“ Konzentrationslager gehandelt, merkte Appé an. Zwar bestand auf der slowenischen

des Tunnelportals Loibl Nord enthüllt, um an das Leid, das Sterben, aber auch an den Widerstand der KZ-Häftlinge zu erinnern.

Zeichen gegen das Vergessen zu setzen sei heute wichtiger denn je, da die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten zu verblassen scheine, vor allem bei der jungen Generation, sagte Appé. Mit dem Verschwinden der letzten ZeitzeugInnen verändere sich die Erinnerungskultur. Es sei daher die Aufgabe und Verpflichtung jedes Einzelnen, die Rolle der aussterbenden ZeitzeugInnen zu übernehmen und ihre Gedanken wachzuhalten.

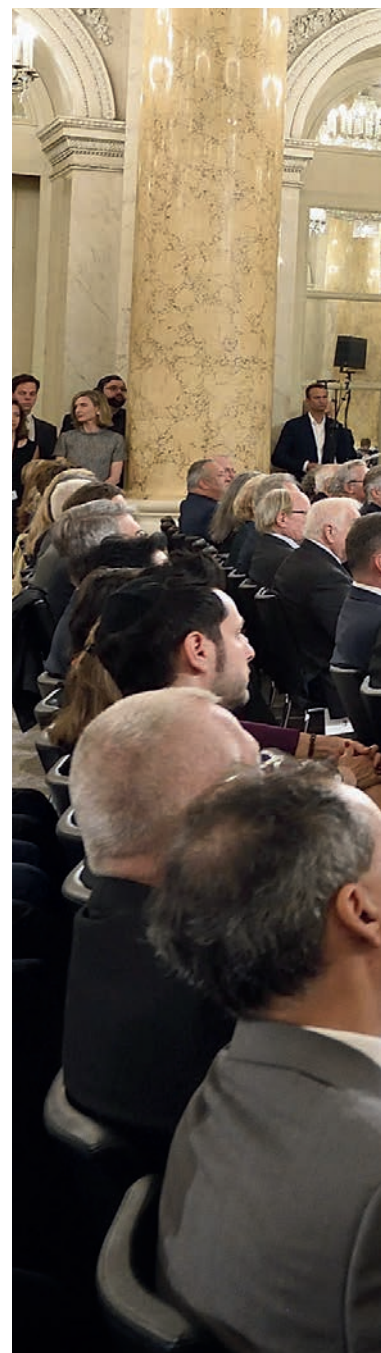
Der Bundesratspräsident wies auf bedenkliche gesellschaftliche Entwicklungen hin, die dazu führten, dass Empathie und Solidarität schwinden und Populisten zunehmend Gehör finden, die Menschen je nach Herkunft, Religion oder Hautfarbe unterschiedliche Rechte zusprechen und Hass und Vertreibung anderer propagieren. Wenn in Interviews Aussagen fielen, wonach das Recht der Politik zu folgen habe und nicht die Politik dem Recht, müsse das zu denken geben.

Leider seien die Verbreitung von Angst und Hass in Österreich

„Am Anfang stand das Wort – zuerst am Papier, dann in Reden und danach wurden Worte zu Taten. Es sind vor allem Worte, die die Wegbereiter für schlimme Taten sind.“

Ingo Appé

Seite seit 1954 eine Gedenkstätte, auf der österreichischen wurden jedoch erst 1995 Gedenktafeln beim Tunnelportal angebracht. Seit den 1990er-Jahren findet alljährlich eine internationale Gedenkfeier zur Erinnerung an die Opfer statt. Am 22. Mai 2019 wird nun auch ein Denkmal des international renommierten Künstlers Seiji Kimoto am Tunnelvorplatz





wieder salonfähig geworden, beklagte der Bundesratspräsident. Populismus dürfe nicht verharmlost werden. Aus der Geschichte zu lernen heißt für Appé, die von diesen Entwicklungen ausgehende Gefahr ernst zu nehmen, denn auch der Holocaust habe nicht mit körperlicher Gewalt begonnen, sagte er. „Am Anfang stand das Wort – zuerst am Papier, dann in Reden und danach wurden Worte zu Taten. Es sind vor allem Worte, die die Wegbereiter für schlimme Taten sind.“

DEMOKRATIE BRAUCHT PLURALISMUS UND DIALOG

Die Digitalisierung führe heute dazu, dass Fake News und Hatespeech, im Grunde also falsche Behauptungen, mehr oder weniger gesteuert, sich rasch weltweit ausbreiten können. „Mit Worten werden Taten begründet und mit Worten wird zu Gewalt angestiftet.“ Erneut gelte es daher, den

Hass in der Gesellschaft zurückzuweisen, mahnte Appé. Die Gräueltaten der Nationalsozialisten stellen für Appé eine ewige Warnung und Erinnerung dar, dass ständiger Einsatz für eine demokratische Gesellschaft, die auf gegenseitiger Toleranz, Verständnis und Menschenrechten basiert notwendig sei. „Demokratie ist mehr als ein Wahlrecht“, unterstrich der Bundesratspräsident. „Demokratie braucht Menschenrechte, Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit. Dazu zähle ich auch kritische Medien und JournalistInnen. Demokratie braucht Pluralismus und einen Dialog miteinander.“

Demokratie sei zudem keine Selbstverständlichkeit, sondern stelle eine ständige gemeinsame Aufgabe dar. Daher gelte es, die Demokratie zu wahren, zu stärken und zu schützen und gemeinsam für sie zu kämpfen, damit sich die Geschichte nie mehr wiederholt, so der Appell des Bundesratspräsidenten.



INTERNATIONALE GÄSTE BEI BUNDESRATSPRÄSIDENT INGO APPÉ

**Bundesratspräsident Ingo Appé und der Vorsitzende der
Abgeordnetenkommer des Parlaments von Kasachstan
Nurlan Nigmatulin**

© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

**Bundesratspräsident Ingo Appé und der Schweizer
Delegationsleiter Filippo Lombardi**

© BKA/Christopher Dunker



**Bundesratspräsident Ingo Appé und die slowenische
Botschafterin Ksenija Škrilec**

© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



**Bundesratspräsident Ingo Appé und
der kirgisische Botschafter Bakyt Dzhusupov**

© Parlamentsdirektion/Raimund Appel





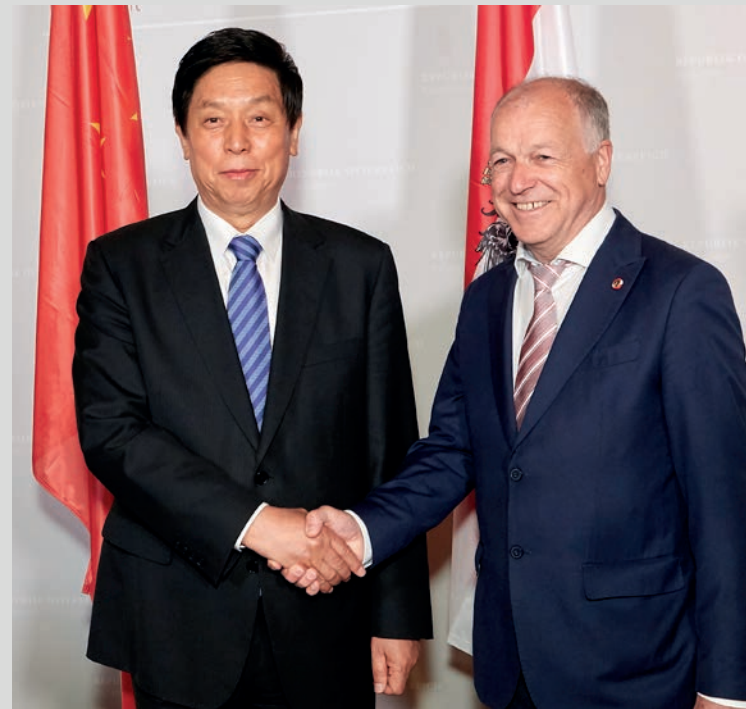
Bundesratspräsident Ingo Appé und der Vizepräsident der Volksrepublik China Ma Biao
© BKA/Regina Aigner



Bundesratspräsident Ingo Appé und der Vorsitzende des Parlaments der Republik Georgien Irakli Kobakhidze
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Bundesratspräsident Ingo Appé und der Parlamentspräsident der Republik Albanien Gramoz Ruçi
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Bundesratspräsident Ingo Appé und der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China Li Zhanshu
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Bundesratspräsident Ingo Appé und der iranische Botschafter Ebadollah Molaei
© Parlamentsdirektion/Tanja Lederer-Wenzel



Bundesratspräsident Ingo Appé und der Schweizer Nationalrat Walter Müller
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

TRUMPFKARTE ZWEIKAMMERSYSTEM

Das Zweikammersystem könne als Trumpfkarte für Bürgernähe, Kontrolle und Ausgleich fungieren, betonte Bundesratspräsident Ingo Appé bei der Pariser Konferenz der Vereinigung der Senate Europas und würdigte die Rolle, die Senate in der europäischen Politik innehaben.

Eine Lanze für eine aktivere Subsidiaritätspolitik und eine stärkere Einbindung der Regionalparlamente in die europäische Gesetzgebung brach Bundesratspräsident Ingo Appé in seiner Rede bei der 20. Konferenz der Vereinigung der Senate Europas in Paris.

Gerade die Subsidiarität und die damit verbundene Mitbestimmung im europäischen Entscheidungsprozess würden für lokale und regionale Gebietskörperschaften ein elementares Prinzip auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Europa darstellen, zeigte er sich überzeugt. Ein permanenter formeller und informeller Dialog zwischen den Regionen einerseits und der Europäischen Union andererseits sei daher unabdingbar.

„Als Garant dieser besonderen Bürgernähe ist der Bundesrat somit nicht nur Europakammer, sondern auch Zukunftskammer“.

Ingo Appé

Vor diesem Hintergrund hob Appé die Rolle des österreichischen Bundesrates als Schnittstelle zwischen der Europäischen Union

und den Bürgerinnen und Bürgern hervor. Die Länderkammer nehme in EU-Angelegenheiten höchst engagiert ihr Mitwirkungsrecht wahr und sei bei der Subsidiaritätskontrolle im europäischen Vergleich eine der aktivsten Kammern aller nationalen Parlamente. „Als Garant dieser besonderen Bürgernähe ist der Bundesrat somit nicht nur Europakammer, sondern auch Zukunftskammer“, so Appé.

BUNDES RAT SETZT SCHWERPUNKTE BEI ZUKUNFTSTHEMEN

Große Bedeutung komme dem österreichischen Bundesrat aber auch bei der Gestaltung von nachhaltigen politischen Strategien zu.

So gelinge es der Länderkammer, über den Tellerrand der hektischen Tagespolitik hinweg Schwerpunktthemen zu setzen, die dann überparteilich behandelt würden. Der Bundesrat lade damit zur Partizipation ein, bevor diese Themen überhaupt in der Regierung und auf EU-Ebene erörtert würden.

Appé präsentierte in diesem Zusammenhang den Schwerpunkt Schutz und Sicherung des Trinkwassers, unter den er seine Präsidentschaft gestellt hatte, und sprach sich dafür aus, nach dem Vorbild Sloweniens das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser auch in Österreich in der Verfassung zu verankern.

Das Treffen der Vereinigung der Senate Europas, das vom französischen Senatspräsidenten Gérard Larcher eröffnet wurde, befasste sich mit dem Dialog zwischen den zweiten Kammern Europas und Afrikas, ein zweiter Teil der Konferenz war



dem Thema „Bikameralismus, ein Trumpf für die Demokratie“ gewidmet.

Dementsprechend würdigte Appé das in vielen Staaten Europas bestehende Zweikammersystem schon im Vorfeld der Konferenz als „Trumpfkarte“, die zur Lösung der Probleme unserer Gesellschaft ausgespielt werden könne. Er hob die Rolle der zweiten Kammern im Licht von Gewaltenteilung, politischer Kontrolle und der Vertretung regionaler Interessen hervor. Senate verbesserten die demokratische Vertretung, stärkten die Beziehungen der Politik zu den BürgerInnen, den Kommunen und der Zivilgesellschaft und ermöglichten den für den gesellschaftlichen Zusammenhalt so wichtigen Regionen Mitsprache und Einfluss, betonte Appé.

HÖHERES MASS AN UNABHÄNGIGKEIT

Der Bundesratspräsident attestiert den Senaten im Unterschied zu den ersten Kammern ein höheres Maß an Unabhängigkeit sowie eine moderierende Funktion. Während die Abgeordneten bei der Erfüllung ihrer Aufgabe als Gesetzgeber und Kontrolleure dem politischen Tagesgeschehen verpflichtet seien und aus diesem Grund eine stärkere Bereitschaft zeigten, sich einer Parteidisziplin zu unterwerfen, seien die Mitglieder der Senate

eher dafür offen, Vorschläge zu unterbreiten und den Blick auch auf darüber Hinausgehendes zu richten. Qualität der Gesetzgebung, Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Grundrechte lägen im Fokus der Aufmerksamkeit der zweiten Kammern, wobei Appé von einer Komplementarität des Bikameralismus spricht, die auch eine bessere Kontrolle der Regierung erlaube.

ZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA

Mit Blick auf die Pariser Konferenz, an der VertreterInnen von 14 zweiten Kammern aus EU-Staaten teilnahmen, unterstrich der Bundesratspräsident die Bedeutung der parlamentarischen Diplomatie, wenn es darum gehe, die Europäische Union bürgernäher, effizienter und besser verständlich zu machen.

Hohen Stellenwert maß Appé auch der Eröffnung eines Dialogs zwischen der Vereinigung der Senate Europas und den afrikanischen Staaten bei. Die vertiefte Zusammenarbeit mit Afrika werde neue Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungsexplosion und Migration ermöglichen, zeigte sich der Bundesratspräsident überzeugt.



© Sénat/S. Kerlidou/C. Lerouge

NACHDENKEN ÜBER EUROPA FÜR STARKE REGIONEN

Eine hochkarätige Diskussionsrunde aus mehreren Staaten machte sich am 15. Mai in Klagenfurt Gedanken über die Zukunft Europas und kam dabei zu dem Schluss, dass nur ein geeintes Europa auch ein starkes Europa sein könne.

In einer hochkarätigen Besetzung fand am Mittwoch eine Podiumsdiskussion zum Thema: Alpe-Adria-Pannonia – eine Zukunftsregion der Eu, im Rathaus Klagenfurt statt. Auf Einladung von Bundesratspräsident Ingo Appé und dem Urban Forum diskutierten der Präsident der zweiten Kammer Sloweniens Alojz Kovšca, die slowenische Botschafterin Ksenija Škrilec, der Direktor des Balassi Institut in Ungarn Anzelm Bárány, der Kärntner Landtagspräsident Reinhart Rohr und die Kärntner Landtagsabgeordnete Ana Blatnik.

Als Präsident der Länderkammer war es Appé wichtig, den Bundesrat auch in die Länder zu bringen. Mit dieser Veranstaltung setzte Appé im Bundesrat den ersten Schritt und brachte den Bundesrat nach Kärnten. In weitere Folge wird auch der Kinderrechteausschuss des Bundesrates auf einen Austauschbesuch nach Kärnten kommen.

KÄRNTEN ALS SCHNITTSTELLE

Als Hausherrin begrüßte Maria-Luise Mathiaschitz die Gäste und betonte in ihren Grußworten, dass das Gemeinsame nicht erst bei der Grenze beginne, sondern vor der Haustüre. Appé plädierte in seiner Rede für eine Intensivierung der grenzenlosen Zusammenarbeit in Europa – anstelle von Grenzen in den Köpfen der Menschen. „Grundsätzlich gilt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Gemeinsam sind wir stärker“, so Ingo Appé. Seitens aller DiskussionsteilnehmerInnen wurde hervorgehoben, dass zukünftig die Vernetzung der Regionen noch mehr intensiviert gehöre. Alpe-Adria-Pannonia, der Zusammenschluss der 16 Regionen, könnte eine gute Marke sein, um die Zusammenarbeit zu fördern und zu intensivieren.





Kärnten könne hier als Schnittstelle fungieren, denn neben dem Generalsekretariat der Alpen-Adria-Allianz werde jetzt ein permanentes Sekretariat der Alpen-Adria-RektorInnenkonferenz (AARC) und ein gemeinsames Sekretariat im Rahmen des Netzwerks New Alpe-Adria Network of Chambers (NAAN) in Klagenfurt installiert, berichtete Reinhart Rohr.

Die bereits begonnene Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Innovation, Naturschutz, Kultur oder auch im Tourismus könne somit noch besser ausgebaut werden.

Landtagsabgeordnete Blatnik betonte, dass das Europa, in dem wir leben, nicht selbstverständlich sei. Um in einem Europa des Friedens weiterleben zu können, müsse das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt werden, zeigte sich Blatnik überzeugt.

Einig waren sich alle, dass nur ein gemeinsames Europa auch ein starkes Europa sei. Ein Lichtbildvortrag von Raumplaner und Buchautor Peter Graner gewährte Einblicke in alle Regionen.

Musikalisch umrahmt, natürlich mehrsprachig, wurde die Veranstaltung vom Chor des Jahres 2018, den Chorherren.

v. l. n. r. Bernhard Müller (Urban Forum), Landtagspräsident Reinhart Rohr, Präsident der zweiten Kammer Sloweniens Alojz Kovšca, Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, Botschafterin Ksenija Škrilec, Bundesratspräsident Ingo Appé, Peter Graner, Landtagsabgeordnete Ana Blatnik, Direktor Anzelm Bárány (Balassi Institut in Ungarn)

© Parlamentsdirektion/Tanja Lederer-Wenzel



Bundesratspräsident Ingo Appé und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska mit Bundesratsvizepräsidenten Magnus Brunner und Hubert Koller bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen

© HBF/Carina Karlovits





2. Halbjahr 2018 – Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates

Sitzungen	7	Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:	
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-	EU-Ausschuss	6
Bundesversammlung	-	Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
		Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG	-
		Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	2
		Ausschussfeststellungen	-
		Aktuelle Aussprache	-
In Verhandlung genommen:		Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	3
Gesetzesbeschlüsse	76	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	3	Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2
Zustimmung nach Art. 30a B-VG	-	Ausschuss für Familie und Jugend	3
sonstige Zustimmungen	1	Finanzausschuss	4
davon Einsprüche	-	Geschäftsordnungsausschuss	1
davon 8-Wochen-Fristablauf	-	Gesundheitsausschuss	3
Ablehnung im Ausschuss	-	Gleichbehandlungsausschuss	1
Vertagung im Ausschuss	-	Ausschuss für innere Angelegenheiten	4
Absetzung im Ausschuss	-	Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	2
Ablehnung im Plenum	-	Justizausschuss	3
Übergang zur Tagesordnung	-	Kinderrechteausschuss	2
Stimmgleichheit	-	Landesverteidigungsausschuss	1
Staatsverträge	16	Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	9	Ausschuss für Sportangelegenheiten	1
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-	Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	2
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-	Umweltausschuss	2
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	-	Unterrichtsausschuss	2
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-	Unvereinbarkeitsausschuss	4
sonstige Zustimmungen	-	Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	4
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	7	Ausschuss für Verkehr	2
Berichte der Volksanwaltschaft	1	Wirtschaftsausschuss	3
Selbstständige Anträge	1	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	2
Selbstständige Entschliessungsanträge	-	Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-
Eingebracht:			
Schriftliche Anfragen	60		
davon Dringliche Anfragen	2		
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-		
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-		
Gesetzesanträge	-		
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-		
Selbstständige Anträge	1		
Selbstständige Entschliessungsanträge	2		
Unselbstständige Entschliessungsanträge	9		
davon angenommen	4		
Anträge, Einspruch zu erheben	3		
davon angenommen	-		
Abänderungsanträge	-		
Fristsetzungsanträge	11		
davon angenommen	-		
Sonstiges:			
Erklärungen von Landeshauptleuten	1		
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-		
Fragestunden	-		
Aktuelle Stunden	5		
Durchführung einer Enquete	1		

Quelle: Bundesratskanzlei
Stand: 21. Juni 2019, 8 Uhr



1. Halbjahr 2019 – Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates

Sitzungen	6
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen:

Gesetzesbeschlüsse	35
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	1
Zustimmung nach Art. 30a B-VG	1
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Ausschuss	-
Vertagung im Ausschuss	-
Absetzung im Ausschuss	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-
Staatsverträge	7
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	6
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	-
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	1
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	18
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbstständige Anträge	1
Selbstständige Entschliessungsanträge	1

Eingebracht:

Schriftliche Anfragen	51
davon Dringliche Anfragen	1
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Gesetzesanträge	2
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	1
Selbstständige Anträge	1
Selbstständige Entschliessungsanträge	2
Unselbstständige Entschliessungsanträge	10
davon angenommen	1
Anträge, Einspruch zu erheben	2
davon angenommen	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	7
davon angenommen	-

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	1
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	5
Durchführung einer Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss	4
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	-
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	2
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	-
Ausschuss für Familie und Jugend	2
Finanzausschuss	-
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	1
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	2
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	2
Kinderrechteausschuss	3
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	-
Umweltausschuss	1
Unterrichtsausschuss	2
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	5
Ausschuss für Verkehr	3
Wirtschaftsausschuss	3
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei
Stand: 21. Juni 2019, 8 Uhr



@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



Parlament Österreich

